

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1.70 Pf., jährlich 3.20 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Stichtage) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quoten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Etat und die Parteien.

London, 23. August. (Fig. Ver.)

Die öffentliche Meinung Großbritanniens ist gegenwärtig fast vollständig mit Auseinandersetzungen über den Etat beschäftigt. Alle anderen Gegenstände scheinen für sie kaum zu existieren. Eine Rede des Finanzministers Lloyd George gegen die Grundherren wird in Hunderttausenden von Exemplaren abgesetzt, während eine „Daily-Mail“-Schrift über Deutschland wenig Beachtung findet. Flotte, Tarifreform, Flugmaschinen, Reichskonferenz und andere Fragen treten in den Hintergrund; — die Massen wollen von nichts anderem hören als von Grund- und Bodensteuern.

Der Etat ist entschieden populär: es sind die Volksmassen, die hinter ihm stehen, während die Grundherren und Kapitalisten ihn verdammen. Seine entschiedensten Gegner sind die Konservativen, deren Mitglieder aus Herzögen, Grafen, Baronen und Großbourgeois bestehen. Die entschiedensten Freunde der Finanzbill sind die Arbeiterpartei und die Linksliberalen. Die Sozialisten sind geteilt: Die Unabhängige Arbeiterpartei, die Fabier und die „New Age“ sind für die Finanzbill; die Sozialdemokratische Partei dagegen, hält sie für einen Schwindel.

Warum ist der Etat bei den Arbeitermassen populär? Und inwiefern verdient die Finanzbill die Unterstützung der Arbeiterpartei?

Die Finanzbill an sich ist gewiß keine Großtat. Sie schränkt den Umfang der indirekten Steuern nicht ein; ja, sie erhöht sogar die Abgaben auf Tabak und Spirituosen. Und die Heranziehung des Grund und Bodens ist verhältnismäßig unbedeutend; das Ergebnis der Steuer auf Grund und Boden und Mineralien wird gegenwärtig auf kaum 15 Millionen Mark veranschlagt. Warum also die Popularität der Finanzbill?

Darauf kann nur folgende Antwort gegeben werden: Die Volksmassen sehen in der Finanzbill eine Herausforderung an den Grundadel, die Lords und die Schutzöllner. Dann erblicken sie in den neu erschlossenen Steuerquellen die Möglichkeit, in der Zukunft die Geldmittel für eine umfassende Sozialreform zu erhalten.

Dass eine umfassende Sozialreform kommen muß, sieht jeder Politiker in Großbritannien ein. Die Volksmassen ermahnen und beginnen unter Leitung der Arbeiterpartei neuen Idealen entgegenzugehen. Die Methode der erwachenden Arbeitermassen ist die politische Aktion. Das Parlament hat bereits in der englischen Geschichte eine große Rolle gespielt, aber es wird in nächster Zukunft viel größere Aufgaben zu erfüllen haben. In den 25 Jahren bis 1906 hatte das Parlament viel von seiner Wirksamkeit verloren, und auch in demokratischen und sozialistischen Kreisen hatte man mit geringer Achtung vom Parlament gesprochen. In den Jahren 1906 bis 1908 kamen noch die Ablehnungen von Vorlagen durch die Lords hinzu, die dem Ansehen des Parlaments tiefe Wunden schlugen. Es hat sogar großen Anstrengungen innerhalb der Arbeiterpartei bedurft, um den Glauben an die parlamentarische Aktion aufrechtzuerhalten. Nun kam der Etat 1909/10 mit seiner Drohung gegen die Lords und mit seinen Ausfichten auf eine umfassende Sozialpolitik. Die scharfen Reden gegen den Grundadel, die Herausforderung an das Oberhaus, die Entfaltung umfassender sozialpolitischer Pläne, die mit den Diskussionen über den Etat verknüpft wurden, gaben den Volksmassen den Glauben an das Parlament zurück und erfüllten mit neuem Mut. Der geistige Umschlag der Massen ist um so nachhaltiger, als die großen Grundherren in öffentlichen Reden den Etat als Räuberei verdammen und den Finanzminister Lloyd George als einen Rebellenführer brandmarken.

Die Arbeiterpartei unterstützt die Finanzbill, da sie in ihr nur den Anfang einer Finanzpolitik sieht, die in den Händen einer sozialistischen Regierung ein wichtiges Instrument der Bodenverstaatlichung werden kann. Die Popularität des Etats bei den Massen wäre noch kein Grund für die Arbeiterpartei, für die Finanzbill einzutreten, obwohl es selbstredend für eine demokratische Partei nicht gleichgültig sein kann, wie die Massen in bezug auf eine Gesetzesvorlage fühlen. Allein die Arbeiterpartei mißt die Finanzbill nicht nach dem, was sie jetzt bietet, sondern was sie später bieten kann.

Dagegen meint die Sozialdemokratische Partei, man dürfe vor allem darauf sehen, was die Finanzbill tatsächlich enthalte. Und sie enthält vorläufig wirklich wenig.

Der Gegensatz zwischen der Haltung der Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Partei entspringt im letzten Grunde aus den verschiedenen Auffassungen über die Aufgaben der sozialistischen Bewegung. Die Arbeiterpartei will schrittweise von Reform zu Reform gehen; sie sieht die Verwirklichung des Sozialismus als einen langen Prozeß an, der unter dem Druck der Arbeiterbewegung bereits begonnen hat und beschleunigt werden wird, sobald die Arbeiterpartei zur regierenden Partei wird. Sie unterstützt deshalb auch diejenigen Reformen, die von Sozialliberalen kommen, wenn nur die reaktionären Rüge in den Reformen nicht überwiegen. Dagegen kann für die Sozialdemokratische Partei nichts gutes aus bürgerlichen Händen kommen; Sozialismus und Liberalismus sind zwei sich gegenseitig ausschließende Weltan-

schauungen; der Sozialismus wird beginnen, wenn eine sozialistische Partei am Ruder ist.

Sinn kommt noch eins. Der Etat schneidet tief in eine Frage ein, die in den letzten sechs Jahren mit stärkerem oder schwächerem Interesse die öffentliche Meinung beschäftigte. Wir meinen den Kampf um die Tarifreform (den Schutzöllner). Die Schutzöllner erklärten: Auch wir wollen eine umfassende Sozialreform, allein diese kostet Geld und unser Finanzsystem läßt eine weitere Erhöhung der Ausgaben nicht zu. Da aber eine Sozialreform absolut notwendig ist, so müssen wir den Freihandel fallen lassen und zum Schutzöllnsystem übergehen, das neue Steuerquellen eröffnet wird. Wollt Ihr also Sozialreform, so stimmt für die Schutzöllner. Dagegen sagten die Freihändler: Auch wir sehen die Notwendigkeit einer Sozialreform ein, aber wir können die Lebensmittel des Volkes nicht verteuern. Die Arbeiter zahlen bereits genug Steuern; wir können sie nicht noch mehr belasten. — In den Jahren 1906, 1907 und 1908 waren die Etats nach altem liberalen Muster gestaltet. Die Liberalen hatten keine neue Steuerquellen. Und da die Ausgaben wuchsen, wandten sich die besitzenden Klassen und ein Teil der Arbeiter dem Gedanken des Schutzöllns zu. Erst der neue Etat brachte einen Umschwung. Lloyd George sagte: Zur Ausführung von Sozialreformen brauchen wir den Freihandel nicht aufzugeben. Wir haben eine große Zahl sehr reicher Grundherren, die enorme Einnahmen aus dem unverdienten Bodenzuwachs beziehen. Stellen wir einen Teil des unverdienten Wertzuwachses in den Dienst der Sozialreform.

Auf diese Weise wurde der Freihandel wieder befestigt, aber doch nur in den Augen der Arbeiter und Kleinbürger, da die Großfinanz und im allgemeinen die besitzende Klasse durch Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftssteuern getroffen wurden.

Aus diesem ganzen Komplex von Ursachen, teils psychologischen, teils finanz- und handelspolitischen, wurde der Etat bei den breiten Massen populär.

Auch in der Frage des Freihandels besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Arbeiterpartei und der Sozialdemokratischen Partei. Jene ist prinzipiell freihändlerisch; diese betrachtet die Handelspolitik als eine Frage von sekundärer Bedeutung.

Die Arbeiterpartei stimmt für den Etat. Daraus läßt sich aber meines Erachtens kein Schluß auf deutsche Zustände ziehen. Die konstitutionellen Zustände Englands und Deutschlands sind von einander so verschieden, daß sich zwischen der Haltung der sozialistischen Arbeiterparteien beider Länder kein Vergleich ziehen läßt. Eine Gegenüberstellung des Wesens und der Motive des deutschen und englischen Etats für das Finanzjahr 1909/10 würde sowohl die Haltung der deutschen Sozialdemokratie wie die der britischen Arbeiterpartei rechtfertigen.

Die „New Age“ ist sogar der Ansicht, daß, wenn jetzt die Arbeiterpartei an der Regierung wäre, der Etat nicht wesentlich verschieden sein könnte von dem von Lloyd George aufgestellten.

Der Riesenkampf in Schweden.

Ueber die heutige Lage in Schweden erhalten wir folgende Privatbesche:

Stockholm, 26. August. Dem Genossen Puntervold aus Kristiania wurde auch heute das Reden in Stockholm verboten! In später Nachmittagsstunde wurde das Verbot in Söderström wiederholt, wo der Bürgermeister ein linksliberaler ist, der persönlich zweifellos die Polizeigewalt in dieser Weise nicht handhaben würde. Bei dem unsinnigen Redeverbot gegen Puntervold handelt es sich demnach um eine generelle Maßnahme der Regierung.

Die Lage ist unverändert. „Dagens Nyheter“ setzt ihre Aktion für ein vermittelndes Eingreifen der Regierung fort. Diese verhält sich indes fortwährend passiv, obgleich der König seinen Kummer über die Langwierigkeit des Kampfes ausgesprochen hat.

Auf die vielfach erhobene Forderung, daß das Spirituosenverbot auch nach Beendigung des Kampfes bestehen bleiben solle, hat der König versprochen, in Erwägung zu ziehen, ob wenigstens für die nächste Zeit nach Beendigung des Kampfes das Verbot aufrechterhalten werden kann.

Die Wahrheitskorrektur der schwedischen Regierung.

Wir hatten bereits mitgeteilt, daß die kapitalistische Regierung Schwedens eine offizielle Darstellung des schwedischen Generalstreiks, seiner Voraussetzungen und Entwicklung in deutscher Sprache verfertigt. Wie auf der Titelseite gedruckt steht, handelt es sich um die Uebersetzung eines Artikels des offiziellen Staatsorgans „Post- och Juristtidningar“; der Artikel hat aber in der deutschen Ausgabe einige „Ergänzungen“ erfahren.

Auch wir werden uns gestalten, diesen offiziellen Artikel der schwedischen Regierung ein wenig zu ergänzen. Wir werden uns dabei zum Teil auf Veröffentlichungen des Arbeitsstatistischen Amtes Schwedens, das bisher eine gute und fleißige Arbeit auf seinem Gebiete mit verhältnismäßig knappen Mitteln geleistet hat, stützen, und bemerken daher im voraus, daß das betreffende Amt nicht Verfasser jenes Regierungsartikels ist. Das Arbeitsstatistische Amt hat selbst gegenüber solchen Mitteilungen in Schweden öffentlich festgestellt, daß es mit jener Regierungsdarstellung des Kampfes in „Post- och Juristtidningar“ nichts gemein-

hat. Es entbehrt nicht der Ironie, daß die einzige Staatsbehörde, die wirkliche Kenntnisse des zur Darstellung gelangenden Stoffes besitzt, die Verfasserschaft der betreffenden Abhandlung öffentlich durch das offiziöse Telegraphenbureau ablehnt!

Die Denkschrift der schwedischen Regierung zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung Deutschlands als eines bedeutsamen Kreditgebers Schwedens, ist dadurch schon zum guten Teil charakteristisch. Aber das Arbeitsstatistische Amt hatte wirklich alle Ursache zu diesem Dementi, wie wir gleich sehen werden.

Die schwedische Regierung beginnt mit einer Darlegung der Organisationsverhältnisse der Arbeiter und der Unternehmer, an der nur die Sorge um die Zentralisation der Gewerkschaften zur Tränen führt. Im übrigen mag dieser Abschnitt passieren.

Die Darstellung der Kämpfe und Differenzen zwischen den beiderseitigen Organisationen dagegen ist vom einseitigsten Unternehmerstandpunkt diktiert. Da wird es zunächst so dargestellt, als ob die Arbeiter dem Bestreben der Unternehmer nach Reichstärken unüberwindliche Hindernisse in den Weg legten. Diese Tarife sollen für die Unternehmer günstiger sein; die Regierung muß aber im selben Atemzuge feststellen, daß „wenigstens einige Fachverbände der Arbeiter Verständnis“ dafür gezeigt haben.

Die Sache ist äußerst einfach, nur die schwedische Regierung versteht davon nichts. Die Gewerkschaften haben gegen das Prinzip der Reichstärke an sich nichts einzuwenden. Nur die Gestaltung dieser Tarife stößt auf Schwierigkeiten. Die Arbeiter sind selbstverständlich nicht geneigt, die bisher in lokalen Tarifen erreichten Positionen aufzugeben, wenn zum Reichstärke übergegangen werden soll. Die Differenzen im Schneidergewerbe, die zum Teil mit der unmittelbaren Anlaß zu den jetzigen Kämpfen bildeten, bestehen ja gerade darin, daß die Unternehmer den Reichstärke mit teilweise ganz bedeutenden Herabsetzungen der in den bisherigen örtlichen Tarifen festgesetzten Löhne durchzuführen wollten! In der Stockholmer Herrenkonferenz z. B. sollte der Stülcklohn für Paletots von 5,60 Kr. auf 4,60 Kr., für Hosen von 1 Kr. auf 75 Dore herabgesetzt werden. In Kalum Paletots von 8,50 Kr. (1. Tarifklasse) auf 6,60 Kr. usw. Der niedrigste Lohn sollte überall zum Normallohn gemacht werden!

Gegen solche Reichstärke wehren sich selbstverständlich die schwedischen Gewerkschaften.

Die offizielle Darstellung müht sich dem in herzerweichender Weise um den Nachweis der Vorzüglichkeit der Arbeitgebervertragspolitik ab, während der Dauer der Verträge Sympathiekämpfe zugelassen. „Dadurch haben die Arbeitgeberverbände den geordneten Massenkämpfen auf sachlichem Gebiete die Wege geebnet“, erklärt sie. Alle einsichtigen Sozialpolitiker in Deutschland sind sich ohne Diskussion darin einig, daß diese Vertragsbestimmung geradezu den Gipfel des Unsinnes bedeutete, und selbst Herr Wuech vom Zentralverband der Industriellen gibt zu, daß eine solche Bestimmung als Norm der anderen Verträge den Vertragsbruch der Buchdrucker in milderem Lichte erscheinen läßt. Für die schwedische Regierung bedeutet aber gerade jene Bestimmung eine große soziale Tat des schwedischen Unternehmertums!

Dabei schlägt sie auf dem kleinen Raum von einigen und abwärts kleinen Druckzeilen einen niedlichen Paragrafen. Und erklärt sie, daß die Festsetzung der Arbeitsbedingungen eines Gewerbes nach einheitlichen Prinzipien (des Reichstärkes) für einige Zeit im ganzen Gewerbe den Frieden nach sich ziehen solle. Die betreffende Vertragsbestimmung aber, die „die Wege geebnet“ hat für „geordnete Massenkämpfe“, mühte bei jenen friedlichen Händeln des Reichstärkes dann eigentlich selbst für die schwedische Regierung ein Produkt des Tollhanses sein.

Wie sorgsam die Regierung in der Wahrnehmung der Unternehmerinteressen ist, deckt sie selbst auf Seite 4 ihrer offiziellen Darstellung auf. Sie berichtet da über die vorjährigen Kämpfe, die ebenfalls zu einer Generalausperrung zu führen drohten. „Ehe noch der Streit ausgebrochen war, schickte die Regierung eine außerordentliche Kommission ein, dank welcher ein Abkommen in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem Standpunkt der Unternehmer erreicht wurde.“

Das aber ist des Pudels Kern! Die Regierung hat lediglich die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß „Abkommen in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem Standpunkt der Unternehmer“ erreicht werden. Ihr war das im vorigen Jahre zu verdanken legio, der von ihr eingesetzten Kommission. Darauf tut sie sich heute vor einem ausländischen Publikum noch etwas zu gute, während sie in Schweden bei den letzten Reichstagswahlen mit dem „Prinzip“ des „Ueber den Parteien stehend“ haufieren ging!

Sollte aber vielleicht in diesem Selbstbekenntnis der schwedischen Regierung schon die Lösung des Rätsels gegeben sein, weshalb der vor Beginn des jetzigen Kampfes gemachte amtliche Vermittlungsvorschlag so in allen wesentlichen Teilen dem „Standpunkt der Unternehmer“ entsprach? Hat die Regierung von Gnaden der Großindustriellen bereits begonnen, die Unabhängigkeit der Vergleichsbeamten anzutasten?

Die offizielle Darstellung schildert sodann in ihrer Weise die Ursachen der jetzigen Differenzen. Die auf dem Arbeitsmarkt herrschende Depression setzte die Unternehmer außerstande, „durch erhöhte Löhne die Produktionskosten noch weiter zu steigern“. Darin hätten sich die drei Unternehmerorganisationen grundsätzlich geeinigt. Die Regierung vergibt dabei, daß dieses Abkommen der Unternehmerverbände über die Grenzen Schwedens hinausreicht, also Dänemark und Norwegen mit einschließt. Nur sollten nach diesem Abkommen lediglich die höchsten Löhne nicht weiter erhöht werden dürfen. Besonders das Waagewerbe wurde mit seinen höheren Löhnen als „aufreizend“ betrachtet, was durch

Verweigerung weiterer Lohnsteigerungen beseitigt werden sollte. Mit der Depression auf dem Arbeitsmarkte hat das Abkommen herzlich wenig zu tun. Es liegt vielmehr ein nationalökonomisches System darin, das in der Unkenntnis hochwichtiger ökonomischer Gesetze wurzelt und auf das wir noch näher eingehen werden.

Direkt unerträglich ist die Regierung in der Schilberung der Stellung der Arbeiter zu der Lohnfrage. Sie behauptet, die Arbeiter hätten die Minderheit auf die Konjunktur genommen; auf die Steigerung der Lebensmittelpreise sich berufend, hätten die Arbeiter ihre Ansprüche immer gesteigert und sie im allgemeinen auch erfüllt bekommen.

Diese Behauptungen widersprechen direkt den amtlichen Darstellungen der Arbeitseinstellungen in den Jahren 1903 bis 1907, die vom Arbeitsstatistischen Amt herausgegeben sind. Selbst während dieser guten Konjunkturperiode hat die Arbeiterschaft manchmal die heftigsten Kämpfe um zwingiger Lohnfragen wegen ausfochten müssen. Von einer allgemeinen Erfüllung der Ansprüche der Arbeiter während der guten Konjunktur kann gar keine Rede sein. „Verwöhnt“, wie es die Regierung darzustellen beliebt, sind die schwedischen Arbeiter in dieser Beziehung gewiß nicht.

In den genannten fünf Jahren wurden nach der amtlichen Statistik 1148 Arbeitseinstellungen begonnen, die 3470 Arbeitgeber und 111920 Arbeiter betrafen. Von den Arbeitseinstellungen waren 80 Proz. Streiks, 8 Proz. Aussperrungen und 14 Proz. „gemischten Charakters“, d. h. in der Regel Streiks und Aussperrungen. Hinsichtlich der Zahl der betroffenen Arbeiter aber überwiegen die Aussperrungen die Streiks an Größe! An Streiks waren 48 Proz. der obigen Arbeiterzahl beteiligt, an Aussperrungen 8 Proz. und an Arbeitseinstellungen gemischten Charakters 44 Proz. Auf jeden Streik entfielen durchschnittlich 69 Arbeiter, auf jede Aussperrung dagegen 125 und auf jede Bewegung der dritten Gruppe 298 Arbeiter.

Diese Zahlen zeigen unbedingt, daß selbst während der guten Konjunkturperiode das Unternehmertum den Bestrebungen der Arbeiter den entschiedensten Widerstand entgegensetzte. Besonders die dritte Gruppe beweist, daß die Unternehmer nach Erstarbung ihrer Organisation die Lohnbewegungen der Arbeiter sofort mit der Aussperrung zu beantworten pflegten! Daß die Regierung durch ihren Schreibsachverständigen angeführt dieser amtlichen Zahlen die obige Behauptung aufstellen kann, zeugt lediglich von der Ungelehrtheit, die man dem Auslande gegenüber sich erlauben zu können glaubt. (Schluß folgt.)

Internationale Solidarität.

Das Gewerkschaftsartikell Oera-Neuh hat aus seiner Kasse 500 Mk. für die im Generalkongress stehenden schwedischen Arbeiter bewilligt. Außerdem hat es Extrabeiträge zu 20 und 50 Pfennig beschlossen und jedes Mitglied der Organisation verpflichtet, einen Extrabeitrag zu leisten. Ferner haben die Gewerkschaften besondere namhafte Beiträge aus ihren Lokalkassen dem Komitee überwiesen. Aus Oera und Umgegend werden daher 3000 bis 4000 Mk. für die schwedische Arbeiterschaft aufgebracht werden.

Deutsche Streikbrecher für Schweden.

Man schreibt uns aus Lübeck: Die bedauerliche Tatsache, daß eine Gruppe deutscher Streikbrecher sich zu Verräterdiensten an den schwedischen Klassenkämpfern hat anwerben lassen und den Weg dabei über Lübeck nahm, hat den Anschein erweckt, als ob Lübecker Arbeiter in Schweden Streikbrecherdienste verrichten. Auch der „Vorwärts“ ist dieser Ansicht, indem er die Frage aufwirft, ob die Lübecker Arbeiterschaft nichts von dieser schändlichen Streikbrecheranwerbung hätte erfahren können. Dazu ist zu bemerken, daß Lübecker Hafenarbeiter sich niemals zu einer ehrlosen Handlung, denn der Streikbruch ist eine solche, hergeben, sondern bisher stets und überall in jeder Weise Solidarität geübt haben, selbstverständlich auch dann, wenn sie — wie gegenwärtig unter den Folgen des schwedischen Tiefenkampfes — schwer in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Die Streikbrecher, welche über Lübeck nach Schweden befördert wurden, kamen von Hamburg, wo sie — wie verlautet — bisher im Baugewerbe ihr elendes Schusterhandwerk betrieben hatten. In Lübeck erfuhr man in letzter Stunde davon, daß die Leute den Ort verließen würden; die sofort angestellten Versuche, an sie heranzukommen, blieben aber schon deshalb erfolglos, weil die Arbeitswilligen den Zug gar nicht erst verließen, sondern gleich nach Travemünde weitertransportiert wurden, wo man sie in einen bereitliegenden Dampfer verstaute und nach Schweden weiter beförderte. Hieraus erhellt, daß die Lübecker Arbeiterschaft auch nicht die geringste Schuld trifft, wenn Schweden mit einer Sammlung deutscher „Arbeitswilliger“ verunreinigt wurde.

Spotten ihrer selbst!

Es ist ein melancholisches Zeichen für den unaufhaltsamen politischen Niedergang des Freisinn, daß sogar das Blatt, das in den letzten Jahren dem Völkerverfall so oft den Spiegel vorgehalten hat, das „Verl. Tageblatt“, gerade in dem Augenblick über „Prinzipienreiter“ zu spotten für opportunist hält, wo die ganze politische Situation gebietet nach einer prinzipiellen Politik streift. Da lesen wir im „Verl. Tageblatt“:

„Die glücklichen Leute in allen Parteien und Fraktionen dagegen sind die Karikaturen auf die Leute von Charakter: die Prinzipienreiter. Sie, die unentwegt Fahren der Ueberzeugung hochhalten und unvertäglich auf Programmböden stehen. Sie, die immer die „kompakte Majorität“ hinter sich haben und diesen tragen Felsblock jedem in den Weg wälzen, der zum Fortschritt von innen heraus treiben möchte.“

„Das Programm hochhalten kann jeder Esel“ — so hat Bollmar schon und einfach das moralische Gewicht dieser Leute bewertet.“

Man sollte danach wirklich glauben, die Völkerverfall, die — nach der vom „Verl. Tageblatt“ selbst geübten Kritik — den Freisinn mit unaussprechlicher Schmach beladen hat, sei von den freisinnigen „Prinzipienreitern“ inszeniert worden! Aber nein, es waren gerade die auf das Programm und die liberalen Prinzipien pfeifenden Politiker, die sich für die konservativ-liberale Paarung begeisterten, zu Wälow walfabrierten und heroisch ihre liberale Manneshand mit Deden dekorierten ließen. Das war ja das Gegenstück der Prinzipienreiter; das „Verl. Tageblatt“, das jetzt die Prinzipien- und Programmpolitik verhöhnt, hätte also alle Veranlassung gehabt, diese liberale Völkerverfall in den begeistertsten Tönen zu feiern. Aber nein: das „Verl. Tageblatt“ war es gerade, das diese grund- sätzliche, programmwidrige Politik in der herbsten Form verurteilte! Das „Verl. Tageblatt“ war es, das gerade den Völkerverfall und Völkerverfall Gelegenheit gab, den liberalen Völkerverfall gegenüber die Notwendigkeit der grundsätzlichen, programmatischen, demokratischen Politik zu betonen!

Daß sich denn inzwischen irgend etwas geändert? Keineswegs! Gerade die Führer der „Demokratischen Vereinigung“, der eben noch vom „Verl. Tageblatt“ protegierten Gruppe, waren es ja, die energisch forschten, am Freisinn Kritik

zu üben, die schlagend nachwiesen, daß der Völkerverfall dadurch, daß er aus dem Völkerverfall hervorgegangen sei, noch keineswegs seinen Völkerverfall aufgegeben habe. Erst wenn der Freisinn bewilligt, daß er nunmehr ernsthaft gewillt sei, wirklich prinzipielle und demokratische Politik zu treiben, könne er als Völkerverfall für die ehrlichen Freunde der Demokratie in Frage kommen.

Was läge für das „Verl. Tageblatt“ also näher, als diesen Gedankengängen seiner politischen Intimen gemäß den Freisinn ungezügelt zur Respektierung grundsätzlicher Politik anzu-spornen, zur Prinzipienpolitik zu erziehen! Statt dessen erleben wir es, daß das „Verl. Tageblatt“ die schändlichsten Witze über die „Prinzipienreiter“ reißt und im blamabelsten Wettbewerb mit der „Frei. Zig.“ diejenigen anpöbelt, die unentwegt Fahren der Ueberzeugung hochhalten und unvertäglich auf Programmböden stehen.“

Das „Verl. Tageblatt“ kann sich auch nicht damit herausreden, daß es sich ja nur über sozialdemokratische Prinzipienreiter mokiert habe. Denn warum sollte die prinzipielle Politik für die Sozialdemokratie verwerflich und ein besonderes Zeichen von Dummheit sein, wenn sie für den Freisinn notwendig und verdienstlich ist? Daß das „Verl. Tageblatt“ die sozialdemokratischen Prinzipien billigt, erwartet und verlangt wir natürlich nicht. Es mag sie bekämpfen, zu widerlegen versuchen, so gut es das immer vermag. Aber den armseligen Spott über die Prinzipienreiter an sich sollte es den Völkerverfall überlassen, wenn es anders wenigstens nicht den Völkerverfall nähren will, daß es seit dem Tode seines einseitigen Beraters Theodor Barth jede politische Richtlinie verloren und sich wieder im Haufen der Völkerverfalligen Ordensjäger und Völkerverfalligen hilflos verlaufen hat!

In übrigen hat unser Frankfurter Völkerverfall, die „Völkerverfall“, in ihrer letzten Nummer dem „Verl. Tageblatt“ und gesinnungsverbundenen Seelen eine ebenso kräftige wie treffende Abfertigung zuteil werden lassen. Sie lautet:

„In ihrem unaufhaltsamen Niedergang haben die bürgerlichen Parteien und verlernt, daß große Interessen und Prinzipien im Vordergrund des politischen Kampfes stehen müssen. Arme Schlucker, die sie sind, leben sie von der Hand in den Mund, und all ihr Politisieren ist kein fröhlicher Kampf, sondern ein erbärmliches Martien und Schachern um Augenblicksvorteile. Wie sollten sie da verstehen können, daß für die Sozialdemokratie das Prinzip der feste Boden ist, auf dem sie steht, den sie aber auch im Widerstreit verschiedener Anschauungen über prinzipielle Fragen mit manchem Tropfen Herzblut hängt. Endlich herrscht bei den verblendeten wie bei den schärfsten sehenden Völkerverfallern des bürgerlichen Lagers die Hoffnung vor, daß eines schönen Tages doch der Revisionismus zum Siege kommen und eine Sozialdemokratie schaffen werde, die man am Rasenrennen fahren und mit Brocken abspießen könne, und deshalb behandelt die bürgerliche Presse ohne Ausnahme die Revisionisten mit unbegrenztem Wohlwollen als „vernünftige Politiker“ und „gebildete und einsichtige Menschen“. Wenn etwas, so sollte dieser warme Duell von fast freundschaftlicher Reizung, der den Revisionisten aus den bürgerlichen Organen entgegenbrudelt, jedem den Schleim aus den Augen spülen, der noch nicht sehengeleitet, wohin der Revisionismus fährt.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. August 1908.

Eine Entdeckungsleistung der „Deutschen Tagesztg.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ befindet sich in einer hysterischen Stimmung. Sie hat „Reichen und Wunder“ entdeckt, und das stolze Bewußtsein, daß ihre geistigen Fähigkeiten zu solcher Entdeckung noch ausreichen, bestimmt sie zu einem komischen Jubelgeschmetter. Freilich ist ihre Entdeckung etwas seltsamer Art; aber wer steht bei den Leistungen des Dertel-schen Intelligenzblattes auf die Qualität?

In dem Sonntag-Vortragsartikell (Völkerverfall II) hatten wir, um die Absurdität der Behauptung zu kennzeichnen, eine Völkerverfall der deutschen Küsten machte im Deutschen Reich un-fähig den deutschen Bedarf an den wichtigsten Nährstoffen nur zu ungefähr einem Fünftel vom Auslande gedeckt würde und das Fehlende nicht notwendig über See eingeführt werden müsse. Daß ferner heute ein großer Teil des Getreide- und Kartoffelbedarfs zur Branntweinerzeugung usw. verbraucht würde, der im „Ersitzalle“ (d. h. im Kriegsfall) in besserer Weise für die Völkerverfallung verwandt werden könnte. Zudem ließe sich die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens noch beträchtlich steigern, wenn er unter Anwendung der neueren technischen Fortschritte rationeller ausgenutzt würde. Wörtlich hieß es in dem Artikel: „Unerschlossen können hier noch weit bessere Resultate erzielt werden, und die Behauptung vieler Fachmänner, daß Deutschland bei rationeller Ausnutzung und Bearbeitung seines Bodens noch auf viele Jahre hinaus seinen Bedarf an Lebensmitteln allein decken könnte, ist durchaus nicht übertrieben. Sicher ist ja, daß diese Steigerung der Ertragsfähigkeit nicht bis ins Unendliche fortschreiten wird, aber auf jeden Fall ist die Höchstgrenze noch lange nicht erreicht.“

Aus diesen Ausführungen folgert die „Deutsche Tagesztg.“ mit der ihr eigenen agariischen Logik allen Ernstes, daß der „Vorwärts“ die vom Bund der Landwirte betriebene Völkerverfall- und Wirtschaftspolitik als berechtigt anerkannt hätte. Frohlockend ruft das Blatt aus:

„Also: „Deutschland kann im Kriegsfall die Ernährung seiner Einwohnerschaft allein besorgen. Ja, noch mehr: es kann bei rationeller Ausnutzung und Bearbeitung seines Bodens noch auf viele Jahre hinaus seinen Bedarf an Lebensmitteln allein decken.“ Das ist genau das, was wir unendlich oft behauptet haben. Selbstverständlich müssen, wenn die deutsche Landwirtschaft auch in Zukunft den Lebensmittelpbedarf allein decken soll, die Preise ihrer Erzeugnisse berast sein, daß sie die Erzeugungslosien decken und der mühsamen Arbeit einen mäßigen Gewinn sichern. Wenn wir derartige oder ähnliche Ausführungen machten, da zieh man uns vielfach der Uebertreibung. Um so wertvoller ist es, daß wir jetzt einen so entscheidenden Kronegen gefunden haben. Und wer ist dieser Kronegen? Man höre und staune: der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei vom 22. August 1908. Sollten sich vielleicht die zielbewusstesten Redakteure zurzeit auf Urlaub befinden?“

Leider müssen wir, so sehr wir auch der „Deutschen Tagesztg.“ ihre Illusionen gönnen, ihren schönen Wahn zerstören. Erlich haben wir nicht behauptet, daß heute schon in Friedenszeiten die deutsche Landwirtschaft allein den Bedarf der deutschen Bevölkerung zu decken ver-

mag; wir sprachen vom Kriegsfall, der, wie wir ausführten, ohnehin die Erwerbstätigkeit und damit auch den Konsum ganz beträchtlich einschränken würde, und wir haben weiter angenommen, daß dann, d. h. wenn eine Völkerverfall einen Teil der Zufuhr abschneide, der Teil des Getreides, der Kartoffeln, der Hüben usw., der heute zur Herstellung von Spiritus, Zucker usw. verwandt wird, in nützlicherer Weise der Völkerverfallung dienbar gemacht werden könnte. Zweitens hat der „Vorwärts“ stets, auch zur Zeit der Völkerverfall, die Ansicht verteidigt, daß der Ertrag des deutschen Bodens noch ganz beträchtlich gesteigert werden könnte, nur war er sich stets auch darüber klar, daß die von der „Deuts. Tagesztg.“ vertretene Völkerverfallpolitik und künstliche Völkerverfallerei das ungeeignete Mittel ist, eine größere Ertragsfähigkeit zu erreichen. Der „Vorwärts“ ist vielmehr der Meinung, daß, um diesen Erfolg zu erreichen, vor allem der altfeudale Latifundienbetrieb steilbiens rationaler gestaltet und zu diesem Zweck das Junkertum enteignet werden müßte, daß ferner von Staats wegen das Debland zum Anbau hergerichtet, das ländliche Genossenschaftswesen begünstigt, die landbräutliche Verwaltung abgeschafft und der Bildungszustand der Landbevölkerung wesentlich erhöht werden müßte; kurz, daß die patriarchalisch-feudalen Zustände des Ostens gründlich ausgelehrt werden müßten. Vor allem aber sind wir der Ansicht, daß wenn das deutsche Getreide zur Versorgung des inneren Marktes ausreichen soll, dann nicht durch ein unerschöpfliches Ausfuhrprämien-system, wie es das System der Einfuhrschiene darstellt, die Ausfuhr von deutschem Getreide auf Staatskosten gefördert werden darf.

Das ist unsere Ansicht.

Die „Deuts. Tagesztg.“ mag freilich davon nicht erbaut sein; ihr hehres Ideal ist die künstliche Völkerverfallerei durch Hölle und Grenzsperrten zur Erhöhung der Güterpreise und Grundrenten. Aber es ist wirklich hochkomisch, wenn sie meint, der „Vorwärts“ hätte sich ebenfalls dieses Junkerideal angeeignet. Wir überlassen ihr neilios ihre schöne Vegeisterung für Kornvölkerverfallerei und hohe Grundrenten.

Der Jar und seine Presse.

Se. Majestät der Jar hat in Berlin eine ebenso gute Presse wie in Paris. Nur ein Teil der liberalen und konfessionellen Blätter Berlins erwähnt die im gestrigen „Vorwärts“ enthaltenen neuen Enthüllungen Völkerverfall über den edlen Pflanzthron auf dem russischen Thron und seine Spigelpolitik. Einige Blätter, wie zum Beispiel das „Verl. Tageblatt“ und der „Köln-Anzeiger“, lassen sich, um nicht den „Vorwärts“ er-wähnen zu müssen, etwas über Völkerverfall Enthüllungen aus Paris telegraphieren, wo heute das Blatt „Le Journal“ den gleichen Artikel Völkerverfall veröffentlichte. Einige andere Berliner Zeitungen begnügen sich mit einer kurzen Notiznahme, und noch einige andere, wie die „Deutsche Tagesztg.“ und die „Verl. Neuest. Nachr.“, be-nutzen die Gelegenheit, um ihre Vegeisterung für russische Kultur-zustände zu bekunden, indem sie die neueste Enthüllung Völkerverfall als ganz belanglos hinstellen. So schreiben z. B. die „Verl. Neuest. Nachr.“:

„Der „Vorwärts“ ist glücklich, heute wieder durch eine auf-lebenerregende Enthüllung“ seine nahen Beziehungen zu den dunkelehen Ehrenmännern der Internationale beweisen zu können. Im Abbild veröffentlicht er eine Seite aus dem „Journal des Jaren“. Das sozialdemokratische Zentralorgan verbannt diese Kostbarkeit dem bekannten russischen Sozialisten und Re-volutionär W. Völkerverfall, der sie sich natürlich auch nur auf sehr trümmigen Wegen verschafft haben kann. Wenn der russische Revolutionärschäppling nicht mehr mitguteilen weiß, als in dieser ersten „Enthüllung“, so ist er von seinem unehrlichen Völkerverfallanien geprellt worden. Denn bisher geht aus der „Enthüllung“ nur hervor, daß dem Jaren in einem eigens hergestellten Journal politische Nachrichten von Wert in vollkommen objektiver Fassung — wie Völkerverfall ausdrücklich betont — zur Kenntnisnahme vor-geleitet werden. Das ist eine Einrichtung, die in ähnlicher Form wohl in den Kabinetten der meisten Monarchen besteht. Wie die sozialdemokratischen Stehler und Hehler daraus dem Jaren eine Mitschuld an allen möglichen behaupteten Untaten der russischen Polizei beweisen wollen, ist vorläufig noch ihr Geheimnis. Vor-erst beweist die Enthüllung nur, daß die Unehrlichkeit sich bis in die nächste Nähe des Jarenstuhns wagt.“

Das ist genau dieselbe Art und Weise, mit der die freiwillige und geäußerte Jarenpresse in Paris die ersten Enthüllungen Völkerverfall über die kaiserlichen Völkerverfall Agew und Harting aufnahm — bis schließlich auch diese Presse sich gezwungen sah, die Nachweise Völkerverfall anzuertennen. Auch den deutschen Jarenblättern dürfen noch unangenehme Erfahrungen bevorstehen.

Zentrumslögit.

Einen höchst seltsamen Beitrag zu der Frage, ob das Zentrum eine konfessionelle oder interkonfessionelle Partei sei, liefert die alt-jungferliche Kerkale „Germania“. Sie sucht den Nachweis zu führen, daß der Klerus nicht nur das staatsbürgerliche Recht, sondern geradezu die Pflicht habe, sich an der Wahlagitiation zu beteiligen; denn — diese Begründung ist klassisch — das kerkalische Volk sehe die Wahlarbeit des Geistlichen als etwas Selbstverständliches an.

Wenn, so meint das fromme Blatt, von der Beteiligung des Klerus an den Agitationarbeiten die Rede ist und die Gründe erörtert werden, welche für diese Beteiligung sprechen, dann darf eine Seite der Sache nicht übersehen werden. Das kerkalische Volk hat im allgemeinen einen scharfen Blick und ein sicheres Urteil für das, was man vom Klerus erwarten oder nicht erwarten soll. Und dieses Volk sieht es als selbstverständlich an, daß der Klerus sich um die Wahlangelegenheiten mindestens nicht weniger interessiert als eifrige Zentrumsmänner aus dem Laienstande. Dieses Volk würde Anstoß daran nehmen, wenn ein Geistlicher den Ein-druck machen würde, daß er sich um die Wahlfragen des Zentrums nicht kümmere. Wollte gar ein Geistlicher in Wegner-schaft zum Zentrum sich stellen, so würde es nicht bloß großen Anstoß daran nehmen, sondern auch in anderen Dingen das Vertrauen ihm versagen. Wenn also ein katholischer Geistlicher sich recht angelegentlich um die Wahlangelegenheiten annimmt und Eifer in der Agitation entfaltet, so tut er nicht etwa der katholischen Wählerchaft, die zum Zentrum steht, Drang oder Zwang an, sondern er kommt dessen eigenen Erwartungen und Wünschen entgegen.“

Es ist also nach der kerkalischen Presse selbstverständlich, daß erstens ein Zentrumsdahgeordneter sich bei allen politischen Handlungen die katholische Weltanschauung als Richtschnur dienen läßt, daß er zweitens als allein berechtigter Ausleger der Weltanschauung den Klerus anerkennt, daß er drittens sich streng nach dessen Entscheidung richtet und sich seiner Aufficht unterordnet, und viertens, daß der Klerus den Hauptteil der Wahlarbeit verrichtet. Doch trotz alledem ist natürlich die Zentrumspartei durchaus keine konfessionelle Partei. Das ist fast noch schwerer zu begreifen, als der theologische Hauptlehrsatz, daß 2x1=1 ist.

Die Schraube ohne Ende!

Daß Deutschlands unaufhörliche Flottenrüstungen nicht nur in England ein unillgares Mißtrauen erwecken, sondern

auch in den Vereinigten Staaten, beweist (wie wir einem Artikel des nationalliberalen Abgeordneten vom Rath im „Tag“ entnehmen) ein Auffass der bekannten amerikanischen Marine-Offizierskapitän Mahan in der vielgelesenen und weitverbreiteten New Yorker Zeitschrift „Colliers Weekly“.

Mahan weist darauf hin, daß Deutschlands Flottenrüstungen einen für Amerika viel bedrohlicheren Charakter trügen als die Englands. Denn Amerika besitze in Kanada a gewissermaßen ein Pfand für das Wohlverhalten Englands. Die Furcht vor amerikanischen Repressalien gegenüber dieser sehr wertvollen Kolonie werde England davor zurückschrecken, jemals die Monroe-Doktrin (deren Grundgedanke bekanntlich in dem Satze „Amerika den Amerikanern“ besteht) anzutasten. Bei Deutschland sei das ganz anders. Seine etwaigen Ansprüche könne man nicht durch Bedrohung eines benachbarten amerikanischen Besitzes paralysieren. Mahan fährt dann fort:

„Nach langen Verhandlungen haben wir endlich die Kontrolle über den Panamakanal erhalten. Kontrolle ist aber immer ein Hohn gegenüber einer stärkeren Flotte. Gegen England haben wir nötigenfalls andere Druckmittel, gegen die übrigen europäischen Mächte aber nur unsere Flotte. Wenige Leute aber machen sich überhaupt klar, was eine Seemacht wie die deutsche in internationalen Angelegenheiten bedeutet.“

Die Frage ist nicht die, was Deutschland beabsichtigt, es mag, wie andere Mächte, von der Hand in den Mund leben, wenn auch nicht in gleichem Maße wie die anderen. Die Frage ist vielmehr die: Was kann Deutschland mit einer solchen Macht unternehmen? Deutschland denkt an die Erfordernisse einer unbekannteren Zukunft, die dem Zufall ausgesetzt und unmöglich voraussehbar ist. Das aber ist völlig erkennbar und absolut sicher, daß, falls diese Zufälligkeiten für uns ungünstig sind, Deutschland die Vorhand haben wird.“

Man sieht also, wie groß, wie unausrottbar auch das Mißtrauen Amerikas gegen Deutschland geworden ist. Und durch keine Auszeichnung amerikanischer Milliardäre durch Wilhelm II. wird sich dies Mißtrauen aus der Welt schaffen lassen. Amerika wird sich im Gegenteile ebenso wie England nur durch immer zahlreichere, immer größere und immer kostspieligere Dreadnoughts sichern zu können glauben. Deutschlands Panzerplattentypen aber werden das dann hocherfreut zu immer neuen Flottenrüstungen auszuschlachten wissen. So haben wir die Schraube ohne Ende!

Wäre es nicht endlich an der Zeit, mit England und Amerika eine Verlangsamung der Flottenrüstungen anzubahnen? Oder soll das deutsche Volk zu den 6-700 Millionen neuer Verbrauchssteuern in ein paar Jahren in Gestalt einer neuesten „Finanzreform“ abermals um Hunderte von Millionen ausgeplündert werden?!

Landrätliche Vielseitigkeit.

Der Landrat des Landkreises Hannover, Graf Wedel, teilt in einem amtlichen Erlaß den ihm unterstellten Gemeindevorständen mit, daß er verschiedene Regimenter ersucht habe, den im Herbst für die Entlassung gelangenden Mannschaften zu eröffnen, daß er bereit sei, Stellungsgesuche für landwirtschaftliche Betriebe entgegenzunehmen. Die Gemeindevorstände werden aufgefordert, dem Herrn Landrat innerhalb acht Tagen mitzuteilen, welche Stellen in ihren Gemeinden in landwirtschaftlichen Betrieben unbesetzt sind.

Die Vielseitigkeit des preussischen Landrates ist in der Tat nicht mehr zu überbieten: Der eine arrangiert Wahlen im Sinne der Regierung, der andere handelt mit Büchern und Kalendern, und wieder ein anderer vermittelt ländliche Dienstboten. So ist der Landrat in Preußen wirklich ein Stück — allerdings sehr unetwünschter — Vorsehung.

Kreta.

Nach einer Konstantinopeler Meldung berührt die gestern unter „Rechte Nachrichten“ mitgeteilte Antwortnote der Türkei an die Großmächte Kreta gar nicht, befaßt sich aber dafür eingehend mit der mazedonischen Frage. Die Worte dankt den Mächten für die Aufhebung der Finanzkontrolle und betont, daß die türkische Regierung die Regelung der mazedonischen Verhältnisse fernerhin als innere Angelegenheit der Türkei betrachte. Sie werde die Reform Mazedoniens gemeinsam mit der Reform des ganzen Reiches durchführen.

Der Minister des Innern hat die türkischen Postanstalten beauftragt, alle von Kreta einlangenden Postsendungen, die mit kretischen Postwertzeichen, dem Aufdruck Hellas oder griechischen Emblemen versehen sind, zu konfiszieren.

Frankreich.

Wieder ein russisches Polizeistückchen.

Verdauung, 25. August. Auf Befehl der russischen Polizei verhaftete die Polizei den russischen Studenten Gombachier, der beschuldigt wird, Mitglied einer Diefesbande zu sein, die im März in Tiflis ein Kind entführte und es gegen Zahlung von mehreren tausend Rubel wieder auslieferte. Im Zusammenhang mit dieser Affäre sind bereits in Rußland mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Die russische Polizei verleiht, daß Gombachier Anführer dieser Bande gewesen sei, dieser erhebt aber Einspruch dagegen und behauptet, dem Vorgehen der Polizei lägen politische Motive zu Grunde.

Spanien.

Der weiße Schreden.

Das Blutgericht in Barcelona hat weitere Schredenurteile gefällt. Der „Matin“ meldet aus San Sebastian: Das Kriegsgericht in Barcelona hat einen gewissen Maleiam, der beschuldigt wird, die aufständische Bewegung in dem Stadtviertel von St. Andreas geleitet zu haben, zum Tode verurteilt. Etwa zwanzig Angeklagte erlitten lebenslängliche Zwangsarbeit, darunter ein Artilleriecorporal, der zu den Aufständischen übergegangen war. Zahlreich sind die Verurteilungen zu Strafen, die zwischen 15 und 17 Jahren schwanken.

Rußland.

Abermalige Vertagung des Prozeses Herzstein.

Die finnischen Richter haben sich durch die wilden Drohungen der Schwarzen Hundertschaften, die um jeden Preis die gerichtliche Aufdeckung der Tatsache verhindern wollen, daß die Ermordung des Professors Herzstein, des liberalen Mitgliedes der ersten Duma, ein Werk der eckh-russischen Banditen ist, nicht einschüchtern lassen. Tausend Mann hätte die Leitung des Verbandes der Schtruppen bestellt, die am Tage vor der Gerichtsverhandlung alle Bahnhöfe nach dem finnischen Orte Terijoki aufkauften und am nächsten Morgen dorthin bewaffnet wachen sollten. Diese tausend Verbändler sollten laut demonstrieren und Sinnenland daran erinnern, daß es ein kleines Land ist, dessen Eroberer und Bedrücker nicht vor den Toren stehen. Im Saale sollte der Rechtsbeistand des Verbandes, der Redakteur der „Ruskoje Snamo“ Bulahel, gleich zu Beginn der

Verhandlungen die Einstellung des Verfahrens gegen Dubrowin fordern, und von dem Gerichtsbeschlusse sollte die Form der weiteren Demonstration abhängen. Denn unmittelbar daran sollte sich eine große Versammlung der Verbändler unter freiem Himmel anschließen. Wenn das Urteil in ihrem Sinne ausfalle, dann sollten sie sich mit kurzen Reden, einem dreimaligen Hurra und der Abführung der Nationalhymne begnügen. Wenn das Gericht es jedoch wagen sollte, über Dubrowin den Stab zu brechen, dann sollte die Demonstrationsversammlung eine Deputation aus ihrer Mitte wählen, welche den Zaren zur Einmischung in die finnische Rechtsprechung zu bewegen habe. Gleichzeitig waren Verbändlerskizalen angewiesen, den Zaren sowohl als den Premierminister durch eine Flut von Devischen mit der obigen Bitte zu bestürmen. Und der Ton wurde durch Bulahel in einem an den Premierminister gerichteten Memorandum gegeben: die Verhaftung und Auslieferung russischer Bürger an das finnische Gericht, meinte er drohend, sei ein schweres Staatsverbrechen, das die künftigen russischen Diktatorer niemals der gegenwärtigen Regierung verzeihen würden.

Diese Terrorisierung des finnischen Gerichts ist indes mißlungen. Die Scharen der Schtruppen, die am Dienstag nach Terijoki strömten, fanden den Weg zum Gerichtsgebäude versperrt und mußten ununterrichteter Sache wieder abziehen. So versuchte denn der Verteidiger des Angeklagten Juske-witsch-Kraszkowski, als einziger Chef der Kampfbewehrung des Verbandes der schwarzen Hundert wertigstens eine Aufgabe zu erfüllen. Er erging sich im Gerichtsaal in Beschimpfungen des finnischen Gerichts. Indes half das seinem Mandanten sehr wenig. Der Gerichtshof erklärte, daß der Prozes verlagert werde, weil die gegen Juske-witsch, Laritschkin und den Präsidenten des Verbandes der schwarzen Hundert, Dr. Dubrowin, eingeleiteten Strafverfahren vereinigt werden müßten. Das Gericht hat also das Erscheinen des ersten Präsidenten der Schtruppen für unbedingt erforderlich erklärt und gerade das ist, was die wütenden Schwarzhunderter mit allen Mitteln verhindern wollten.

Türkei.

Die Aufstände in Albanien und Yemen.

Die Aufstände in Albanien und der Araber Yemens greifen um sich und nehmen ernsthafte Gestalt an. Aus Albanien liegen heute die folgenden Meldungen vor:

Reskai, 26. August. Dschawid Pascha verlangte die sofortige Sendung von Granaten, um die Dörfer zu beschützen. Weitere drei Bataillone sind ohne Aufenthalt nach Nikowiza abgegangen. Die Entschlossenheit der Regierung wird beifällig aufgenommen.

Saloniki, 26. August. Die Lage in Nordkassowa hat sich ernstlich gestaltet. Dschawid Pascha wird zur Unterdrückung des Widerstandes der Albanesen zu den schärfsten Mitteln greifen. Die Regierung stellt ihm das gewünschte Truppenkontingent zur Verfügung. Der Herz der Bewegung, die nicht reaktionär ist, ist der Sandschak Ipek.

Konstantinopel, 26. August. In der Landschaft Rugowa westlich von Ipek sind Krawallen ausgebrochen, wobei zehn Soldaten getötet wurden. Ein Infanteriebataillon von Prizrend ist dorthin entsandt worden.

Das Amtblatt meldet, daß die Albanesen um Perissowiz zerstreut worden sind.

Belgrad, 26. August. Aus Prishtina an der serbischen Grenze angefangene Meldungen berichten, daß die Albaner sich im Gebiete Konzentrierten, wo sie von Djalowiza und Ipek Unterstüßungen erhalten. In ganz Altserbien herrscht unter den Albanern große Erregung, infolgedessen auch andauernd Ueberfälle auf serbische Grenzdörfer vorkommen.

Ueber die Lage im Yemen wird gemeldet:

Konstantinopel, 26. August. Der heutige Ministerrat befaßte sich auch mit der Lage im Yemen, die sich verschlechtert hat. Wie es heißt, griffen die Aufständischen unter Sabi Ali Mehmed Sana an und sprengten ein Munitionsdepot in die Luft, wobei viele Soldaten getötet und zwei Kanonen zerstört wurden. — Von der Front wird die Nachricht, daß die türkische Regierung bis zum Eintreffen türkischer Verstärkungen im Yemen die Hilfe italienischer und englischer Kriegsschiffe erbeten habe, für unzutreffend erklärt.

Der Ministerrat hat die Abfertigung von zwölf Bataillonen und einer Schnellfeuerbatterie beschlossen. Außerdem werden vier Kriegsschiffe und zwei Transportdampfer nach Hodeida abgehen.

Marokko.

Bu-Hamaras Gefangennahme.

Wahrscheinlich wurde in den letzten Tagen die Gefangennahme Bu-Hamaras bestritten; die neu eingelaufenen Nachrichten aber lassen keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß er in den Händen seines Feindes ist. Auf die Unverletzlichkeit des Gebietes der Beni-Masore vertrauend, hatte er sich dorthin geflüchtet und in der Nähe des Grabmals von Mulai-Durran mit seinen Getreuen ein Versteck gefunden, aber der Sultansfeldherr Buchta ben Wagdad, dem das Versteck verraten wurde, gab dem Moghi fünf Minuten Bedenkzeit, sich lebend auszuliefern oder unter den Trümmern des zu bombardierenden Tempels begraben zu werden. Schon nach drei Minuten erschien der Moghi ohne Waffen mit zwölf seiner Getreuen. Den Gefangenen wurden Fesseln angelegt. Buchta, der wiederholt gegen den Moghi im Felde stand und einmal von ihm mit geringem Verlust zurückgeschlagen wurde, schatzte persönlich die Führereigenschaften seines ehemaligen Gegners und wird sich beim Sultan für ihn verwenden. — Nach einer anderen Meldung ließ Buchta den Wagdad rings um den Grabtempel 30 Bündel Reisig in Brand stecken und zwang dadurch den Moghi, das Ischl zu verlassen. Vor seiner Flucht hatte dieser noch einen Kampf gegen die Wehrgesellen zu bestehen und verlor dabei hundert Mann, die letzten seiner Getreuen.

Der Sultan Mulai Hafid von Marokko nimmt an den in Gefangenschaft gelangten Gefährten Bu-Hamaras blutige Rache. Er läßt sie grausam verurteilen. Nach einer Meldung aus Fez vom 20. d. M. erlagen bereits 25 Gefangene, denen die Hände und Füße abgehauen waren, ihren Leiden; zwei kamen mit dem Leben davon.

Paris, 25. August. Der Minister des Aeußern, Ribon, der dem französischen Konsul in Tanger bereits den Auftrag erteilt hatte, dem Sultan ernstlich nahezu legen, er möge die Mordtat und Verschlimmerung der gefangenen Anhänger des Moghi verbieten, hat dem französischen Gesandten Reqnault telegraphisch, er solle sich dem vom diplomatischen Korps geplanten Kollektivschritt anschließen, durch den dem Sultan die Mißbilligung über die begangenen Grausamkeiten ausgesprochen werden soll.

Vorkauf der Spanier gegen die Rifablen.

Madrid, 26. August. Wie die letzten aus Melilla hier eingetroffenen Telegramme andeuten, scheint gestern der Vorkauf der Spanier begonnen zu haben, da die erste Brigade der ersten spanischen Division längs der Meeresküste mit zwei Schwadronen Kavallerie und drei Batterien nach La Westinga abmarschiert ist. Melilla, 25. August. Der Aufbruch aus dem verschiedenen Lagern vollzog sich ohne Zwischenfall. Das Regiment des Königs hat ohne Verlust Sonk del Karba an der äußersten Grenze der Marokko besetzt und bezog dann ein Lager bei Westinga; die Bewohner dieses Gebietes haben ihre Ergebenheit bekundet.

Ostafrika.

Die chinesische Zukunftsverfassung in japanischer Beleuchtung.

London, 26. August. Wie ein hiesiges Blatt aus Tokio meldet, hielt Fürst Ito in Yuzushima eine Rede, in der er seinem Zweifel Ausdruck gab, ob China mit Erfolg eine Verfassung einführen könne, während andererseits ein Kräftigen der Frieden im fernem Osten gefährden würde. Als Gründe für seine Zweifel nannte er den ungeheuren Flächenraum des Reiches und die mangelnden Verkehrsmöglichkeiten, welche für ein Zusammenrücken des Parlaments recht hinderlich sein würden. Auch verwickelte der chinesische Konfuzianismus einen Wechsel des chinesischen Regierungssystems und der schwerfälligen lokalen Verwaltung, was wohl die Vorbedingung einer Nationalversammlung sein würde. —

Aus der Partei.

Mangelnde Achtung vor der geistigen Freiheit

glaubt die „Chemnitzer Volksstimme“ dem „Vorwärts“ vorwerfen zu müssen. Sie schreibt:

„Bei Bernsteins Beschwerden handelt es sich um wesentlich anderes: Bernstein verlangt Gelegenheit, zu den Berliner Arbeitern zu sprechen und fühlt sich mundtot gemacht, da sein eigenes Blatt (eine Montagszeitung) systematisch zugunsten bürgerlicher Montagsblätter uninteressant wurde, er selbst aus der „Neuen Zeit“ herausgebrochen und als Mitarbeiter des „Vorwärts“ gekündigt wurde. Obendrein macht es ihm der „Vorwärts“ durch seine gehässige Kampfesweise unmöglich, auch nur gelegentlich einen Artikel für ihn zu schreiben. Bernstein glaubt aber mit Recht, daß ein Mann von seinen Verdiensten ein Recht darauf habe, mit seiner Meinung wenigstens gehört zu werden. Nun erwidert zwar der „Vorwärts“, unter seinen Mitarbeitern seien auch manche andere, die mit seiner Haltung in Parteifragen durchaus nicht einverstanden sind und bei verschiedenen Auseinandersetzungen ihm schon Risse darobrecht und von ihm solche empfangen haben. Es wäre unser und ihrer untüchtig, wenn deshalb die Beziehungen zwischen beiden Teilen abgebrochen würden“. Aber zugleich speert die Redaktion ihr Blatt doch für alle „revisionistischen Seitensprünge“ Bernsteins, d. h. für Bernstein überhaupt. Das scheint uns mangelnde Achtung vor der geistigen Freiheit. Wir z. B. würden keinen Artikel, den Ed. Bernstein mit seinem Namen deckt, zurückweisen — es sei denn, wir lämen zu der Ueberzeugung, daß der Artikel die Parteinteressen schwer schädigt. Auch das „Zentralorgan“ und alle unsere Genossen sollten hierin weisheitsvoller werden, das wäre gut für den inneren Frieden der Partei.“

Der Verfasser dieser Notiz ist ein Gemütsmensche! Er wirft der Redaktion der „Neuen Zeit“ vor, Bernstein aus der Redaktion „herausgehissen“ zu haben und bezieht den „Vorwärts“ unbedenklich der „gehässigen“ Kampfesweise gegen Bernstein, ohne anscheinend auch nur zu ahnen, wie sehr er sich durch diese ebenso „schlichten“ wie liebendwürdigen Urteile zum Stützpfeiler über die Kampfesweise anderer Parteikräfte qualifiziert! Aber der freundliche Verfasser behandelt wenigstens Bernstein nicht besser wie den „Vorwärts“. Identifiziert er doch „Bernstein überhaupt“ mit „revisionistischen Seitensprünge“.

Daß die „Chemnitzer Volksstimme“ trotzdem dem „Vorwärts“ zumutet, sich zum Springbreit dieser revisionistischen Seitensprünge herzugeben, macht ja dem guten revisionistischen Herzen des betreffenden Verfassers alle Ehre, kann und aber auch in Zukunft nicht veranlassen, die Rücksicht auf eine Person über die Rücksichten auf die Interessen der Partei zu stellen. Weit hergeleitet gegenüber den Grundfragen der Partei ist ein Lob, auf das wir ein für allemal zu verzichten entschlossen sind. Die Auffassung, daß darunter der innere Frieden der Partei zu leiden brauche, teilen wir natürlich gleichfalls nicht. Es wäre wahrhaftig schlimm um die Partei bestellt, wenn sie ihren inneren Frieden nur durch Gehärdelassen, ja Fortschubleistung revisionistischer Seitensprünge erkaufen könnte!

Wunderlicher Ethiker.

Lesen im Organ des Genossen Peus: „Wertwürdige Manier. Einige Parteiblätter, die zu unserem Konflikt mit der R. V. in einer uns nicht ungerecht behandelnden Weise Stellung genommen haben, glauben doch die Tonart unserer Erklärung nicht billigen zu können. Vergessen sie denn ganz die Veranlassung? In der Notwehr ist erlaubt, muß erlaubt sein, was sonst durchaus ungebührlich ist. Wir werden in alle Zukunft Wohheit und Verlogenheit mit dem rechten Namen nennen. Das sind denn doch eigenartige Ansichten. Genosse Peus hat noch immer zu den Genossen gehört, die sich über die scharfe Tonart bei polemischen Auseinandersetzungen innerhalb der Parteipresse ethisch-ästhetisch entrüsteten und kollegiale und parteigegensätzliche Formen des Meinungswechsels forderten. Nun aber, wo er selbst in die Schußlinie gerät, will er durch die „Notwehr“ alles erlaubt sein lassen. Ein Wüdden dieses „alles“ gibt er dann gleich dadurch, daß er seinen parteigegensätzlichen Widersachern „Wohheit und Verlogenheit“ vorwirft!

Begreift denn das Volksblatt für Anhalt gar nicht, daß jede Partei ohne weiteres von sich behaupten kann, daß sie sich in der Notwehr befinde? Wollten unserer Genossen dann alles für sich erlaubt halten und mit Anschuldigungen von „Wohheit“ und „Verlogenheit“ um sich werfen, so würde das eine reizende Tonart werden! — Hoffentlich schulmeißelt Genosse Peus also künftig unsere Genossen etwas weniger, um erst einmal die „parteigegensätzlichen“ Formen bei sich selbst etwas zu revidieren!

Sum Vereitog.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Neuh. J. L. (Gera) erklärte sich bei der Besprechung des Parteitagges gegen die Festsetzung eines Beitrages von 20 Pf. für weibliche Mitglieder; doch solle jede Genossin verpflichtet sein, die „Gleichheit“ zu abonnieren. Als Delegierte wurden die Genossen Emanuel Butz in Berlin, Rahnt Gera und Jint. Pechschütz gewählt.

Parteiliteratur.

Sozialistische Theaterstücke. Die unter diesem Titel erscheinende Serie von Lustspielen, Schwänken, Schauspielchen usw., welche sich besonders zur Aufführung bei Arbeiterfesten jeder Art eignen, ist durch zwei neu erschienene Stücke vermehrt worden, und zwar: „Professor Schneidigs Abenteuer“, Schwan in zwei Akten von H. Ribbegahl, und „Im Kampf um Datsch“, Einakter von H. Ribbegahl. Außerdem ist „Der entlarvte Spindel“, Komödie in zwei Akten aus der Zeit des Sozialistengesetzes von G. M. Sawola in zweiter verbesserter Auflage erschienen. Der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, sendet Interessenten gern gratis einen Spezialkatalog und gibt auf Anfragen jede gewünschte Auskunft.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 18 heben wir hervor: Die Hüfte hat! — Der allgemeine Ausstand der schwedischen Arbeiter. — Wägenische Jugend. — Von Richard Wagner. — Andreas Hofer und der Kroler Freiheitskampf. — Von W. Kaufmann. — Vom Urtice zum Menschen. — Von W. G. Baer. — Welche Jugendorganisationen? — Handwerks- und Gewerbestammung. — Aus der Praxis der Jugendbewegung. — Vom Kleingeldspiel usw. — Zeilange Abendbesuch. — Gedicht von J. Erdmannsdorfer. — Weiß's recht war, Erzählung von H. Ger. — Eine Wanderstunde. — Von C. Sahnwald. — Der Schuh. — Erzählung von A. Freudenhal.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Forderungen der Schmiede.

Die bei Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegezellen hatten sich am Mittwoch in Willes Festhallen versammelt, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Minimalhöhe des Lohns erhöht werden sollen. Siering referierte. Es gelten in Berlin noch die tariflichen Abmachungen von 1905. Danach beginnen die Minimallohne mit 42 Pf. pro Stunde für Stodgefellen und enden mit 60 Pf. pro Stunde. Zweifellos sind diese Sätze nicht mehr zeitgemäß. Aus diesem Grunde haben die Gesellen aus einer Reihe von Betrieben das Ersuchen an den Gesellenauschuss gerichtet, zu prüfen, ob nicht an eine Verbesserung gedacht werden könne. In Koepnick seien bereits höhere Minimallohne vereinbart, so für Stodgefellen 48 Pf. und für Schirmermeister 65 Pf. — Anfangs des Jahres sei festgestellt worden, daß zu den Berliner Minimallohnen ein erheblicher Prozentsatz der Gesellen arbeiteten. Es werde sogar unter dem Minimallohn gearbeitet und in manchen Betrieben werde selbst die Arbeitszeit nicht so innegehalten, wie es sein sollte, namentlich in der Zeit der Krise. In nächster Zeit solle besonders Nachdruck darauf gegeben werden, daß mindestens innegehalten werde, was 1905 als tariflich festgelegt wurde. Sollten die Kollegen gewillt sein, Forderungen aufzustellen, dann müsse vor allen Dingen auf ein günstiges Organisationsverhältnis gesehen werden, zumal die Arbeitgeber sehr gut organisiert seien. Die Organisationsleitung wolle die Entscheidung der Kollegenschaft überlassen. Sie würde jedoch in jeder Beziehung in der Sache ihre Pflicht tun. Zunächst sollen Versammlungen abgehalten werden. Auch seien alle Schritte getan, um die Zentralleitung zu informieren. — In der Diskussion wurde allgemein betont, daß die Löhne im Kleinergewerbe (bei den Innungsmeistern) nicht ausreichen, um einigermaßen das Leben fristen zu können, und daß an eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gedacht werden müsse. Im Schlußwort hob Siering nochmal hervor, daß es der Verwaltung ernst damit sei, das Bestreben der Innungsgezellen auf Verbesserung ihrer elenden Lage zu unterstützen. — Der Gesellenauschuss erklärte, daß er die Sache der Kollegen in die Hand nehmen und ihre Wünsche formulieren werde.

Der Allgesele Köhler teilte die neueste Entscheidung über die Sonntagsarbeit auf dem Innungsarbeitsnachweis mit. Die Gewerbeordnung habe es seinerzeit abgelehnt, gemäß § 95 Abs. 4 der Gewerbeordnung die vom Gesellenauschuss bewirkte Zustimmung zur Arbeitsvermittlung am Sonntag zu „ergänzen“. Dieser, dem Willen der Gesellen und ihrer Vertretung entsprechende Beschluß ist durch den Oberpräsidenten aufgehoben worden. Er hat die verweigerte Zustimmung zu der Arbeitsausgabeordnung dahin ergänzt, daß die Arbeitsvermittlung an Sonn- und Feiertagen vom 1. April bis 30. September von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 1 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags und vom 1. Oktober bis 31. März von 2 bis 4 Uhr nachmittags gestattet ist. — Die Versammelten gaben der Meinung Ausdruck, daß man sich gegenüber den Mißständen auf dem Nachweis in der Zukunft nur auf die Selbsthilfe verlassen könne. Bei der nächsten Lohnbewegung müsse daran gedacht werden, auch auf diesem Gebiete regelnd einzugreifen.

Zum Streik der Jungbierfahrer ist zu berichten, daß die ursprünglich am Streik beteiligten 116 Mann nach wie vor fest zusammenstehen. Die Fahrer von der Brauerei Grün, Fruchtstraße, haben am Donnerstag die Arbeit aufgenommen und verkaufen das Bier für 13 Pf. Diese Fahrer sowohl, als auch die vom „Deutschen Brauhaus“, Ritzdorf, Johann-Huß-Straße, sowie die von der Genossenschaftsbrauerei (Frömmchen) Wiesenstraße, und Hoffmanns Brauerei, Kochmannstraße, die unorganisiert sind, gelten als Arbeitswillige.

Deutsches Reich.

Umfangreiche Lohnbewegung im Malergewerbe.

Zu den am 31. Dezember 1909 ablaufenden Tarifverträgen und den in Aussicht genommenen Verhandlungen für den Abschluß eines Normaltarifvertrages über Deutschland haben 238 Zahlstellen des Verbandes der Malergehilfen Forderungen formuliert. Diese sind in tabellarischer Form zusammengestellt und in einer gedruckten Broschüre vom Vorstande dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände eingereicht.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird in 161 Orten gefordert, und zwar wie folgt: 4 Orte um täglich eine Viertelstunde, 126 Orte um täglich eine halbe Stunde, 30 Orte um je eine Stunde und ein Ort um 1 1/2 Stunden. Die Orte Berlin, Hamburg und Bremen verlangen die 8 1/2stündige Arbeitszeit, während es sich in allen übrigen Orten um die neunstündige und 8 1/2stündige Arbeitszeit handelt.

Die Erhöhung des Stundenlohnes wird in 231 Orten verlangt, durchschnittlich eine zehnprozentige Aufbesserung. Die Tarifdauer auf drei Jahre ist eine ziemlich einheitliche Forderung aller Orte.

Die Hoffnung auf eine friedliche Verständigung zwischen den Organisationen ist nur gering, da bereits der Arbeitgeberverband auf dem Malertage in Dresden sich gegen jegliche Lohnaufbesserung ausgesprochen hat. Streiks oder eine größere Ausperrung im kommenden Frühjahr sind daher für das Malergewerbe nicht ausgeschlossen.

Lohnbifferenzen in der Schuhindustrie.

In Löhnhin sind bei der Firma Auerswald-Sauerbrunn Differenzen ausgebrochen, die zur Einreichung der Kündigung führten. Sollte es nicht zu einer Einigung kommen, so ist die Arbeitsniederlegung unausbleiblich.

In Großsch sind bei der Firma Kalischer Lohnbifferenzen wegen Aenderung der Arbeitsstellung in der Schäftemacherei. Auch hier ist eine Arbeitsniederlegung nicht ausgeschlossen.

Ein Erfolg des Bergarbeiterverbandes.

Im Jahre 1906 wurde durch einen hartnäckigen Kampf im Zeiter Revier die neunstündige Schicht anstatt der zehn- und elfstündigen erreicht. Jetzt glauben die Herren die gegenwärtige Konjunktur auszunutzen zu müssen, um die verlorene Position wiederzugewinnen. Den Anfang damit wollte die Brudergesche in Heuradendorf bei Wintersdorf machen. Die Verwaltung dieser Zeche verweigerte durch Anschlag, daß ab 19. August die zehnstündige Schicht wieder eingeführt würde. Sie hatte aber die Rechnung ohne die gut organisierte Belegschaft gemacht, welche erklärte, die beabsichtigte Schichtverlängerung unter keinen Umständen hinnehmen zu wollen. Von der 80 Mann starken Belegschaft gehörten nur 4 unserer Verbände nicht an. Als Vorstellungen bei dem Besitzer nichts fruchteten, nahm eine Belegschaftsversammlung zu der Sache Stellung; in dieser war auch der Besitzer erschienen. Die Belegschaft war entschlossen, falls der Anschlag nicht zurückgezogen würde, sofort die Kündigung einzureichen. Das half. Der Besitzer erklärte, von der geplanten Schichtverlängerung einstweilen Abstand zu nehmen.

Interessant war die Erklärung des Besitzers, daß andere Gruben auch eine Schichtverlängerung geplant hätten.

Achtung! Former und Gießereiarbeiter! Der Streik der Stahlformer auf dem Eisen- und Stahlwerk Ohligs, G. m. b. H., dauert ununterbrochen fort. Meister und Ingenieure sind fast ständig unterwegs, besonders im Rheinland, Westfalen und im Saarrevier, um Arbeitskräfte anzuwerben. Erfolg hat die Firma trotz geradezu glänzender Versprechen damit nicht gemacht, denn was sie bisher bekommen hat, langt nicht. Wie lange selbst Streikbrecher ausdauern werden, wird die Firma bald genug verspüren.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Solingen. Berantw. Redakteur: Emil Unger, Berlin. Inseratenteil bezahlt.

Metallarbeiter! Die Firma Brand u. Sohn in Dortmund, Kesselschmiede und Brückenbauanstalt, sucht Schloffer, Kesselschmiede, Stemmer, Rieter und Zuschläger. Die genannte Firma hat ihre organisierten Arbeiter gemahregelt, weshalb der Zugang fernzuhalten ist.

Knappschafswahl.

Bei der Knappschafswahl in Reichenburg, die Sonntag, 22. August, stattfand, kam zum ersten Male der Proporz zur Anwendung. Wie wenig Jugtrast die schwärzgelben Kandidaten dieser drei Listen besaßen, bewies das Wahlergebnis. Von den zu wählenden 12 Knappschafskandidaten fielen der Liste des Bergarbeiterverbandes 11 zu, während die hunschedige, stark gelb angehauchte Liste B mit knapper Not ein Mandat errang. Das ist die Quittung für die Leute, die es fertig gebracht haben, fast der Hälfte der Belegschaft das Wahlrecht zu den Knappschafswahlen zu rauben und einer Reihe von Verschlechterungen hinter dem Rücken der Belegschaft zuzustimmen.

Ausland.

Streik gegen Akfordarbeit.

Paris, den 26. August. Die Maurer beschlossen gestern Abend in einer Versammlung in der Rivoli-Palace, an welcher über tausend Personen teilnahmen, heute morgen den Generalstreik zu verkünden, um gegen die Akfordarbeit zu protestieren. Es wurde beschlossen, heute vormittag 10 Uhr in Massen die Arbeitsstätten aufzusuchen, um die Arbeitskollegen abzuholen und Arbeitswillige zum Anschluß zu bewegen.

Aus Industrie und Handel.

Liebesgaben.

Während das Volk allmählich dahinter kommt, was die Finanzreform des Schnapshocks bedeutet, indem es wucherisch gesteigerte Preise zahlen muß, heimsen die Hauptmacher dieser Politik schamlos ihre Liebesgaben ein. Das Einfuhrschneinsystem praktiziert den Junkern seit Erhöhung der Zölle viele Millionen in die Taschen. Durch Entblühung des heimischen Marktes von Getreide treibt man hier die Preise zu schwindelnder Höhe hinauf und gleichzeitig plündern die Exporteure die Reichskasse, für deren Fällung dem Volke die einfachsten Genussmittel und notwendigen Gebrauchsgüter verteuert werden. Wie sich Deutschlands auswärtiger Handel mit Brotgetreide und Mehl für die Zeit vom 1. August bis 31. Juli gestaltete, zeigt diese Aufstellung:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1906/07	1908/09	1906/07	1908/09
	in Tonnen			
Roggen	6 008 382	2 356 839	2 915 044	8 408 354
Weizen	24 290 402	22 116 621	3 334 305	4 007 058
Roggenmehl	27 744	15 397	891 898	968 407
Weizenmehl	189 932	185 042	879 470	1 654 020

Demnach ist die Einfuhr von Roggen ganz gewaltig zurückgegangen, dagegen stieg die Ausfuhr in ganz außerordentlicher Weise. Auch bei Weizen und Mehl ergibt sich ein Rückgang der Einfuhr, eine Zunahme der Ausfuhr. Die Exportsteigerung bedeutet für die Staatskasse eine ganz enorme Schwächung der Einnahme. Die durch das Einfuhrschneinsystem an die Exporteure gezahlte Ausfuhrprämie ist auf mehr als das Doppelte der im Jahre 1907 gezahlten gestiegen. Nach den amtlichen Ausweisen ist in den ersten sieben Monaten der letzten drei Jahre der Zoll mittels Ausfuhrschein beglichen:

1907 im Betrage von	26 878 208 M.
1908	80 589 057
1909	54 227 089

Die Wirtschaftspolitik im Reich der Junker, Pfaffen und des Schnapshocks ist anders nicht, als ein kapitalistisch-feudaler, organisierter, fortgesetzter Raubzug, dessen Objekte die Staatskasse und die arbeitende Bevölkerung sind. Das urwüchsige, stümperhafte Strauchrittertum ist abgelöst durch eine modernisierte, großzügige Plünderung.

Tabakindustrie und Tabaksteuer.

Kaum ist das Gesetz über den neuen Wertzoll auf Tabak in Kraft getreten, da kommen auch schon aus verschiedenen Bezirken der Tabakindustrie Nachrichten über Arbeiterentlassungen. Der Einfluß, den die neue Steuer auf die Befahrung der Rohstoffversorgung bereits ausgeübt hat, läßt sich ziffernmäßig noch nicht erfassen; soviel ist aber sicher, daß die Steigerung der Einfuhr sich in der Intensität, die sie bis zum August aufwies, nicht mehr fortsetzen wird. Sind doch allein in den ersten 7 Monaten 508 829 Doppelzentner Rohobak importiert worden, während es im vergangenen Jahre nur 428 894 Doppelzentner gewesen waren. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Preisentwicklung bei in- und bei ausländischem Tabak ganz entgegengesetzt ist: die einheimischen Tabaksorten sind durchweg teurer als voriges Jahr, während der Preis für ausländische Sorten fast allgemein tiefer steht als 1908. Im Laufe dieses Jahres selbst haben sich tief einschneidende Veränderungen in den Preisen nicht vollzogen, so daß der Zulpreis den diesjährigen Preisstand ziemlich charakterisiert. Im Juli gestaltete sich der Preis bei den wichtigsten Rohobakarten wie folgt:

	1908	1909	Differenz
Bremen, Kentucky ordinär	95,00	72,00	-23,00
Brazil	128,00	103,50	-24,50
Stengel Virginia	18,00	18,00	—
Hamburg, Domingo, Deblatt usw.	75,00	46,00	-29,00
Brazil	140,00	110,00	-30,00
Mannheim, Zig. Tabak Pfälzer	125,00	135,00	+10,00

Die Preise sind demnach gegenüber dem Vorjahre trotz der starken Nachfrage sehr stark zurückgegangen. Da die Fabriken auch noch über die Steuer hinaus abgewälzt haben, machen sie glänzende Geschäfte und die Arbeiter fliegen auf Pfahler.

Erträge im Braunkohlenbergbau. 87 Braunkohlenbergwerke, die in der Form von Aktiengesellschaften bestehen, arbeiten mit einem Gesamtkapital von 122,98 Millionen Mark nominal. Auf dieses Kapital wurden für das Jahr 1908 resp. 1909/10 12,45 Millionen Mark Dividende verteilt, während in dem vorangegangenen Jahre die Dividendensumme 11,72 Millionen betragen hatte. Im Durchschnitt ergibt sich demnach für 1908 eine Dividende von 10,1 Proz. gegenüber einer solchen von 9,5 Proz. im Jahre 1907. Die Dividende ist demnach durchschnittlich noch um mehr als 1/2 Proz. gestiegen. Dabei ist nicht etwa die Dividende auf Kosten der Abschreibungen, Rückstellungen usw. gesteigert worden. Im Gegenteil: die Abschreibungen waren im Jahre 1908 sogar ganz bedeutend höher als 1907. Sie stellten sich für 83 Gesellschaften, bei denen sie vergleichbar sind, im Jahre 1907 auf 11,79, im Jahre 1908 aber auf 14,11 Millionen Mark. Die Summe der Abschreibungen war demnach im Berichtsjahre um 2,32 Millionen Mark oder um rund 20 Proz. höher als im Jahre zuvor. Auch die Rückstellungen sind nicht eingeschränkt worden. Erfuhr doch auch der Reingewinn eine kräftige Steigerung. Er belief sich nämlich bei 85 Aktiengesellschaften des Braunkohlenbergbaues im Berichtsjahre auf 18,11 Millionen Mark, während er im Jahre 1907 bei denselben Gesellschaften 14,60 Millionen Mark betragen hatte. In Prozenten des Gesamtkapitals berechnet ergibt sich für 1908 ein Reingewinn von 15 Proz. gegen einen solchen von 12,1 Proz. im Jahre 1907.

Neue Kohlengrube. Aug. Thyllen hat in Kirchellen (Regierungsbezirk Münster) ein Rittergut und ein großes Bauerngehöft in einer Gesamtgröße von über 100 Hektar käuflich erworben. Der Zweck

der Erwerbung ist, auf seinem hier belegenen Grubenfeld eine neue große Bergwerksanlage und gleichzeitig eine große Kolonie für Arbeiter und Beamte erbauen zu lassen.

Rassenkündigung. Die Waggon- und Maschinenfabrik von Hagen-Charlier in Köln-Deutz kündigte 400 Arbeitern und 1431 — laut Ankündigung — die Arbeitszeit für die übrigen Arbeiter vom 1. September ab um täglich zwei Stunden.

Soziales.

Gesicherte Existenz der Landarbeiter.

Der Landarbeiter Heinrich R. war ununterbrochen 32 Jahre lang auf dem Gute des Grafen von Bismarck-Osten, Schloß Plathe in Pomern, tätig gewesen. Als er, bald 70 Jahre alt, invalide wurde, entließ ihn sein Herr und gewährte ihm auch 71 Anerkennung der treuen Dienste als Altersversorgung — 2 Zentner Roggen jährlich. Als ehemaliger Kriegsteilnehmer — er hat 1866 und 1870/71 mitgemacht und zahlreiche Tapferkeitsauszeichnungen erhalten — bezieht R. eine Veteranenbeihilfe von monatlich 10 M. Er fand in der Familie seines Schwiegersohnes in Heddenbrock Aufnahme. Da aber die schmalen Einkünfte für den Lebensunterhalt nicht ausreichten, wandte sich R. vergeblich an den Grafen um eine höhere Unterstüfung. Graf von Bismarck-Osten besitzt nicht weniger wie sieben Güter. R. bemühte sich nunmehr um Gewährung einer Armenunterstüfung. Der Kreisaußschuß des Regenwalder Kreises beantwortete das Gesuch wie folgt:

Labes, den 25. März 1909.

Der Kreisaußschuß hat in der Sitzung vom 20. d. M. beschlossen, Ihren Antrag vom 1. Februar ex. auf Festsetzung einer laufenden Armenunterstüfung zurückzuweisen.

Wie festgestellt worden ist, beziehen Sie monatlich eine Invalidenrente von 12,30 M. sowie eine Veteranenbeihilfe von 10 M. und erhalten ferner von dem Rittergutsbesitzer Herrn Graf von Bismarck-Osten, Schloß Plathe, zwei Zentner Roggen jährlich.

Bei diesen Bezügen müssen Sie für sich in der Lage erachtet werden, Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und können deshalb als hilfsbedürftig im Sinne des Gesetzes keineswegs angesehen werden.

Außerdem haben Sie einen Sohn, der in der Lage ist, Sie zu unterstützen.

Der Vorsitzende

J. V.: Unterschrift (nicht leserlich).

Der Sohn, auf den da Bezug genommen wird, ist, wie der Vollständigkeit halber nicht unerwähnt bleiben mag, — Portier in Bremen.

Gründlich lütert von dem Glauben an die „gesicherte Existenz bis ins hohe Alter“ ging R. nach dem Gute Farbezin, dem bekannten Major v. Dewitz gehörig, wo seine zweite Tochter verheiratet ist. Hier fand er mit Zustimmung (!) des Gutsbesizers Aufnahme und kann nun über die gottgewollte Ordnung im Staate der belobtesten Sozialpolitik nachdenken.

Schön gegen unsaubere Barbieren.

Der Barbier Schöneborn war wegen Uebertretung der Regierungs-Polizeiverordnung vom 8. Oktober 1904 angeklagt worden, welche im Interesse der Gesundheit des Publikums eine Anzahl Vorschriften über den Betrieb des Barbiers- und Haarschneidergewerbes enthält. Das Landgericht Dortmund sprach den Angeklagten erst frei, indem es die fraglichen Bestimmungen für ungültig erklärte. Nachdem aber das Kammergericht die Sache an das Landgericht zurückverwiesen hatte, verurteilte es den Angeklagten wegen Uebertretung der Vorschrift, daß die Rasierpinsel mit Selenspiritus auszuwaschen seien. Diese Bestimmung sei rechtmäßig im Hinblick auf § 61 des Polizeiverwaltungs-gesetzes, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften der Saub der von Leben und Gesundheit gehöre. Sie verstoße auch nicht gegen das Menschenrechtsgesetz von 1904. — Das Kammergericht wies die vom Angeklagten eingelegte Revision zurück, indem es von folgenden Erwägungen ausging: Nach § 37 des Gesetzes von 1904, betreffend die Bekämpfung der Menschenseuchen, seien allerdings Polizeivorschriften unzulässig, die denselben Zweck verfolgen wie dieses Gesetz. Soweit die Verordnung des Regierungspräsidenten die Uebertretung anstehender Krankheitsverhindernde solle, sei sie ungültig. Diesen Zweck verfolge aber die hier angewandte Vorschrift über das Auswaschen der Rasierpinsel nicht. Sie wolle vielmehr Krankheiten vorbeugen, welche Folgen von Unsauberkeit seien, ohne daß es einer Uebertretung von Mensch zu Mensch bedürfe. Deshalb sei die Vorschrift gültig und mit Recht angewendet worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem schwedischen Kampf.

Stockholm, 26. August. (W. S.) Eine königliche Verordnung statet die Magistrate aller Orte mit größeren Rechten zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus. Auf die Einladung der Regierung an die früher eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzes über Arbeitskonfliktschiedsgerichte, einen Entwurf bis zum 1. November auszuarbeiten, antwortete diese, daß sie zur Fertigstellung mindestens ein Jahr brauche.

Zeppelin's Fahrt.

Friedrichshafen, 26. August. (W. S.) Wie die Luftschiffbau-gesellschaft Zeppelin bestätigt, ist die Abfahrt des „Z. III.“ nach Berlin bestimmt auf morgen früh 8 Uhr festgesetzt worden, und zwar wird das Luftschiff nicht die Route über Memmingen einschlagen, sondern den direkten Weg nach Hünneberg. Von dort aus geht die Fahrt in gerader Linie nach Nürmberg, Hof und Plauen. Bis heute Abend 7 Uhr regnete es noch immer in Strömen. Graf Zeppelin ist gegenwärtig in Wanzell anwesend. Ueber event. Landungen auf der Strecke ist nichts weiter bekannt.

Patronenfabrik explodiert.

Budapest, 25. August. (W. T. V.) In der Patronenfabrik von Manfred Weiß ereignete sich heute nachmittags eine Explosion, bei der fünfzehn Personen schwer und drei leicht verletzt wurden. Die Explosion war so heftig, daß die Einrichtung teilweise in Brand gesteckt und die Arbeiter in lebendige Fetzen verwandelt wurden. Insgesamt wurden 17 Personen schwer verletzt, an einzelnen Körperteilen fast verlohrt. Außerdem erlitten zahlreiche Arbeiter leichtere Verletzungen. Von den bei der Explosion der Patronenfabrik von Weiß schwer Verletzten sind bis zum Abend zwei gestorben, an dem Aufkommen von dreizehn weiteren Verwundeten wird gezweifelt.

Das schwarze Gespenst.

Haag, 26. August. (W. S.) Der Minister des Äußeren benachrichtigte die fremden Gesandten offiziell von dem Auftreten der Cholera in Rotterdam, welcher bereits zwei Personen erliegen seien. Der Bürgermeister von Rotterdam teilte mit, daß zurzeit sieben heteroverdächtige Kranke im Spital liegen. Alle Maßregeln zur Bekämpfung der Seuche sind getroffen.

Rotterdam, 26. August. (W. T. V.) Zu Beginn der heutigen Magistrats-sitzung äußerte sich der Bürgermeister über den Stand der Cholera folgendermaßen: Vier Personen sind an Cholera gestorben, neun Personen sind in Baracken untergebracht; bei dreien von ihnen ist der Cholera-bazillus festgestellt worden, bei zwei weiteren hat die Untersuchung ein negatives Ergebnis gehabt, bei den letzten drei ist das Ergebnis der Untersuchung noch nicht bekannt. 42 Personen, die zwar vollkommen gesund, aber mit Erkranken in Berührung gekommen sind, sind isoliert worden und befinden sich unter ärztlicher Beobachtung.

Karl Singer & Co., Berlin SW, Ptergu 2 Verlagen u. Unterhaltungsbll.

Für den schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgeperrten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

- Kollegen bei Guggenbühl Nachf. 2,50. 4358 Hofezed 4,80. 4360 d. Hannemann 4,95. 4357 d. Klimpel 3,70. 2318er Reiter, Goldschen u. Co. 14. ...

- 6628, 6629, 2630, 2631, 2632 Buchdruckerei Witten u. Co., 2. Rate 90. ...

Gelder, welche per Post eingeliefert werden, sind an H. Körfer, Engländer 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort an unsern Bureau, Engländer 15 I, Zimmer 23, vormittags 9-12 1/2 Uhr und nachmittags von 4-7 1/2 Uhr abzuliefern.

Die Listen 3305, 3687, 1194, 7243, 5282, 5295 und 1800 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzudulden. Verichtigungen. Liste 1632 Betrag 46,20 muß heißen: 46,50. Liste 1168 Betrag 30,50 muß heißen: Liste 1688. In Nr. 197 des „Vorwärts“ muß es heißen: Listen 5776, 8777, 3778 Kollegen bei Gebr. Israel 88,45.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. Vom Bierkrieg.

Einen wirklichen Kampf gegen die unterdrückte Bierverteuerung führen auch die Braunschweiger Arbeiter. Sie haben das an Fabriken und Arbeitsplätze gelieferte Bier, das verteuert wurde, zurückgewiesen. Am Montag fand eine Viechenbohlerversammlung unter freiem Himmel statt, wie sie in Braunschweig noch nicht zu sehen war. Etwa 6-7000 Personen füllten den Garten, die Fenster des Wirtschaftsgebäudes und selbst das Dach der Regelbahn. Große Massen konnten keinen Platz mehr finden. Als bestes und wirksamstes Mittel wurde die freie Selbsthilfe empfohlen, d. h. es wird abgelehnt, Bier

zu erhöhten Preisen zu trinken. Der Kampf gegen die Bierverteuerung soll mit aller Schärfe geführt werden. In Straßburg i. El. ist ebenfalls ein Bierkrieg in Sicht. Dort, wo das Bier nicht weniger als dreimal befristet ist: durch Reichsbrauerverein, Landesbrauerverein und städtisches Kiroi, haben die Brauereien beschlossen, auf den Hektoliter Bier 2 M. aufzuschlagen. Die beiden Straßburger bürgerlichen Biervereine fordern sämtliche Wirte auf, jeden Preisausschlag zu verweigern, der von den Brauereien verlangt wird.

Zu Hamm i. Westf. ist der Bierkrieg beendet. Die Wirte haben sich zum größten Teil veranlaßt gesehen, zu den alten, niedrigen Preisen wieder zurückzukehren. Die Leipziger Handelskammer, die von den freien Gastwirten um Vermittlung angegangen wurde, lehnte diese ab, da sie sich außerstande sieht, ein derartiges Amt zu übernehmen. Eine Massenversammlung in Mainz beschloß, den Bierverbrauch einzuführen. Es wurde eine Kommission gewählt, die wegen Herabsetzung des Bierpreises mit den Brauereien in Verhandlung treten soll. Eine von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung in Mühlhausen beschloß, den seit zwölf Tagen geltenden Bierboykott insofern zu verschärfen, als von jetzt ab sämtliche Produkte der Brauereien (Limonen usw.) gemieden werden sollen, ganz gleich, ob sie teurer geworden sind oder nicht. Auch die Limonadenhändler, die anstatt der bisherigen vierzehntel Flaschen dreizehntel Flaschen in den Verkehr bringen, sollen boykottiert werden.

In Saarbrücken hat die Bevölkerung den Erfolg, daß die Wirte, die den Preis von 15 Pf. für Biersechzehntel einfach auf 20 Pf. aufgerundet und damit die Steuer um das Fünffache erhöht hatten, sich zu einem Rückgeben gezwungen sahen. Eine von mehreren Tausend Personen besuchte Versammlung in Magdeburg beschloß die Boykottierung sämtlichen verzeuerten Bieres und Braumittelweins.

Der Bierverein in Hersfeld beschloß infolge der Erhöhung der Bierpreise durch die Brauereibesitzer die Errichtung einer Genossenschaftsbrauerei. 10 000 Versammlungsbesucher in Frankfurt a. M. nahmen folgende Resolution an: „Die Versammelten protestieren gegen die Maßnahmen der Produzenten und Zwischenhändler, die versuchen, auf Grund der neuen Steuern Preissteigerungen vorzunehmen, die den Steuerbetrag bedeutend übertreffen. Da auch die Brauereien und Wirte eine solche Preissteigerung beim Bier durchzuführen beabsichtigen, lehnen die Versammelten eine derartige Verlastung mit Entschiedenheit ab. Sie verpflichten sich, den Bierkonsum möglichst einzuschränken, so lange keine Verständigung gefunden ist. Die Versammelten verzichten unter allen Umständen auf den Genuß des Bieres, dessen Preis im Ausschank höher ist als der Steuerzuschlag bedingt.“

Nachdem im Städtelkomplex Hamburg-Altona-Wandsbeck Brauereien und Gastwirte dem Beschluß zugestimmt hatten, nur an solche Wirte zu liefern, die mindestens 40 Pf. pro Liter nehmen, übte das Hamburger Publikum „passive Resistenz“. Viele Wirte haben schon eine Revision des auf „Bier in Liefersgläsern zu Weinpreisen“ abzielenden Beschlusses vorgenommen, indem sie an Stelle der neu eingeführten Zweizehntelgläser wieder die alten Biergläser hervorgeholt haben.

Eine von Arbeitern und Arbeiterinnen stark besuchte Volksversammlung in Warmen votierte folgende Resolution: „Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die vom Schnapsbrot der Arbeiterklasse aufzubereiteten neuen indirekten Steuern. Sie verurteilt aber ebenso scharf die Ertragssteuer von hundert Millionen Mark, die von Brauereien und Wirten aus den Konsumierten herausgeholt werden sollen. Die Versammelten erklären die Steuerverweigerung für die einzig wirksame Waffe gegen diesen Raubzug und fordern deshalb ihre Klassenossen auf, den Schnaps- und Biergenuß aufzugeben. Die Versammelten sind überzeugt, daß diese Art Steuerverweigerung nicht nur den Junkern und der Regierung bedeutende Einnahmen entzieht, die diese für unakademische Zwecke verwendet, sondern sie wissen auch, daß dadurch die Arbeiterbewegung mächtig gefördert werden würde. In dieser Erkenntnis fordern die Versammelten die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften auf, in dieser Boykottbewegung die Führung zu übernehmen.“

Aus der Frauenbewegung. Versammlungen - Veranstaltungen.

Lichtenberg, Montag, den 30. August, 8 1/2 Uhr, bei Cosel, Pfarrstraße 74, Vortrag: „Sexuelle Frage und Kindererziehung“. Referentin: Genossin Klara Vohm-Schuch.

So frist z. B. der Karpen nicht mehr unter 0 Grad Celsius, d. h. er kostet den ganzen Winter hindurch. Das viele Fische im Aquarium monatelang ohne Nahrung existieren, läßt sich leicht beobachten. Bekannt ist auch die eigentümliche Laifade, daß die Laiche bei ihren großen Wanderungen vom Meer bis in die Quellbäche hinauf so lange keine Nahrung aufnehmen, als sie sich im Schmelzwasser befinden. Und doch ist diese monatelange Fastenzeit nicht etwa eine Periode herabgesetzter Lebensaktivität, sondern es ist die Zeit der Fortpflanzung, die Zeit, in der die Lebensenergie auf das höchste gespannt zu sein pflegt.

Notizen.

Reinhardt im Umherziehen. Das Berliner Deutsche Theater hat diesen Sommer und Herbst im übrigen Deutschland eine ausgedehnte Propaganda betrieben. Während in den angrenzenden Ländern ein Sommer-Theaterregnum herrscht, für das Reinhardt nur die Nacht bezieht, aber nicht die Verantwortung trägt, verknüpfte er selbst das Evangelium der neuen Bühnenkunst in München. Das Münchner Theater, das zu ganz anderen (allerdings sehr illusionären) Zwecken gebaut wurde, hat Reinhardt für sich einfach erobert. Daneben aber verlor er noch die Frankfurter Theater mit seinem Berliner Repertoire und weil sie am Wege wohnen, auch die Nürnberger. In manden Abenden wurde in allen drei Städten gleichzeitig gespielt. Die guten Provinzialer staunen darüber. Mein Gott, der moderne Großbetrieb im Theaterwesen wird noch ganz etwas anderes leisten. Reinhardt wird noch ein rollendes Theater bauen, das auf die Eisenbahn gesetzt wird und an einem Tage gut und gern auf einem halben Duzend Wohnorten spielen kann. Zunächst will er aber Paris erobern und Antoine, der ja auch einmal das Theater reformierte, den Lorbeer vom Haupte nehmen.

Ein Professor für Luftschiffahrt gesucht. Göttingen und Dresden haben bereits ihre Professur für Aeronautil. Berlin, das im Wissenschaftsbetriebe trotz seiner großen Mittel sehr häufig zum Landsturm zählt, sucht jetzt auch einen. Das Berliner Tagblatt meint, es wäre schwer, eine geeignete Persönlichkeit dafür zu finden. Das können wir unmöglich glauben; Wilhelm H. wird schon jemand auffindig machen. Und alle Welt ist nachher darüber einig, daß er geeignet ist.

Das geruchlose Automobil wird vorläufig noch ein frommer Wunsch bleiben. Vorigen Freitag fuhr Trumpf und beantragte das Recht, die Straßen zu verpesten. Wenigstens ist ein Preisanschreiben des Berliner Vereins zur Beförderung des Gewerbes „Reichs“ zur Erlangung geruchloser Automobile ergebnislos verlaufen.

Schadleton findet Unternehmung. Seine Südpolarexpedition hatte Schadleton wesentlich mit geliehenen und gestifteten Mitteln unternommen, deren Zurückzahlung ihm Schwierigkeiten macht. Wie der englische Premierminister kürzlich im Unterhause ankündigte, will die Regierung ihm mit Zustimmung des Parlaments nachträglich 400 000 M. Zuschuß bewilligen.

Kleines feuilleton.

Ein Dichter, der denken lehnt will. Eugene O'neil, der Dichter der roten Klobe, der gegenwärtig sich in London aufhält, hat in einem Gespräche mit dem Mitarbeiter eines Londoner Blattes ein interessantes Bekenntnis über seine Anschauungen vom Drama und über die Ziele seines dichterischen Wirkens abgelegt. Als ein gutes Drama gilt ihm jedes Stück, das durch seine Darstellung des menschlichen Lebens, welcher Art sie auch sei, Tausende von Menschen erschüttert oder bewegt. Das kann sowohl das Weidrama wie eine Farce, die Komödie wie die Tragödie. Ich persönlich gebe jenen Stücken den Vorzug, die in den Herzen der Zuschauer die Lebensfreude wecken, das Mitleid, die Nächstenliebe und das Gefühl für Schönheit und Wahrheit. Mit allen meinen Stücken habe ich ehrlich versucht, Gutes zu wirken, die Menschen zu bessern und weiser zu machen, meine Hörer zu „sozialisieren“. Das war auch das Ziel Emile Augiers und des jüngeren Dumas, meiner Lehrer. Als der Besucher einwendet, daß diese beiden französischen Dramatiker nicht genial gewesen seien, hebt O'neil pathetisch die Arme: „Genie! ruft er, wer hat Genie? Schopenhauer, Goethe, Schiller, der den Ballenstein schrieb, sie waren genial. Wer könnte dieser Liste jemand anfügen?“ O'neil kommt dann auf sein eigenes Schaffen zurück und erklärt: „Ich schreibe mit dem ausgesprochenen Voratz, das Volk zum Denken zu bringen. Dies ist es, was mir tut, das ist mein fester Glaube; dies wird immer notwendig, je älter die Welt wird und je weiter die Menschheit fortschreitet.“ O'neil scheint, nach diesen Geständnissen zu rechnen, ein sehr allmodischer Herr zu sein. Unsere deutschen Dichter wenigstens, vorzüglich die Dramatiker, haben sich und ihrem Publikum das Denken längst abgewöhnt.

Tschekow über die russische Intelligenz. Durch das Schaffen des russischen Dichters Anton Tschekow geht ein merkwürdig kalter, skeptischer Zug. Daß dieser unbegreifliche Söldner der russischen Gesellschaft auch als Mensch vertritt und pessimistisch gestimmt war, bezeugen seine Briefe, von denen neuerdings eine Sammlung erschienen ist. Sehr charakteristisch ist das Urteil, das Tschekow 1899 über die russische Intelligenz fällt. Es lautet, wie der „Vost. Zeitung“ aus Petersburg berichtet wird: „Solange die Leute noch Studenten und Kuristinnen sind, sind sie ehrliche, brave Menschen, sind sie unsere Hoffnung und die Zukunft Russlands, aber die Studenten und Kuristinnen brauchen nur selbständige, erwachsene Leute zu werden, und unsere Hoffnung und die Zukunft Russlands verwandelt sich in Rauch, und es bleiben im Keller nur Kerze und Willenskrüger, hungrige Beamte, diebische Ingenieure zurück. ... Ich glaube nicht an unsere Intelligenz, diese heuchlerische, unwahre, hysterische, unerzogene, träge Intelligenz, ich glaube ihr auch nicht, wenn sie sich über ihre Leiden beklagt, denn ihre Bekümmert sind ja aus ihrer Mitte hervorgegangen. Ich glaube an einzelne Persönlichkeiten, ich sehe Rettung in

einzelnen Persönlichkeiten, die über ganz Ruhland hier und da zerstreut sind, ob sie nun Gebildete oder Bauern sein mögen - sie sind das Heil, wenn es auch nur wenige von ihnen gibt. Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande; und die einzelnen Persönlichkeiten, von denen ich spreche, spielen in der Gesellschaft zwar eine unmerkliche Rolle, sie dominieren nicht, aber ihre Arbeit bleibt nicht verborgen. Die Wissenschaft schreitet trotz allem doch immer weiter fort, das soziale Selbstbewußtsein wächst, moralische Fragen fangen an, die Menschen in Unruhe zu versetzen um, um, und alles das geschieht ohne Zutun der Staatsanwaltschaft, der Jugenderzieher, der Gouverneure, ohne die Intervention en masse und trotz aller äußeren Hindernisse.“

Die größte Bewässerungsanlage der Welt. Aus New-York wird berichtet: Im Tale des Rio Grande in Neu-Mexiko hat nun das gewaltige Werk begonnen, das bestimmt ist, die größte Bewässerungsanlage der Welt zu werden. Mit einem Kostenaufwand, der auf über 33 Millionen Mark geschätzt wird, errichtet die Bundesregierung quer durch das Wasserbett des Rio Grande einen gewaltigen Damm, der den abfließenden Wassermengen sich entgegenstemmen und binnen kurzem hier einen See entstehen lassen wird, der eine Länge von 45 englischen Meilen bei einer Breite von fünf bis sechs englischen Meilen haben soll. Am Südende wird das riesige Wasserreservoir eine Tiefe von 55-60 Meter zeigen. Nicht weniger als 100 000 Millionen Kubikfuß Wasser werden hier aufgesammelt, um in Jahren der Trockenheit das umliegende Gebiet zu bewässern. Die Untersuchung der klimatischen Verhältnisse am Rio Grande hat gezeigt, daß man in regelmäßigen Zwischenräumen mit einer Periode trockener Jahre rechnen muß, in denen bisher der Ackerbau schwer danielerlag. Eine ganze Arbeiterstadt ist an der Dammschwelle bereits entstanden, aber dafür fallen andere Städte dem Bau zum Opfer; fünf mexikanische Ansiedlungen werden durch den neuen See verdrängt. Die Länge der ganzen Dammanlage ist auf 1150 Fuß berechnet. Das Stauwerk wird 190 Fuß über dem jetzigen Wasserspiegel emporstreben. Die Fundamente der Rio Grande-Sperre müssen 65 Fuß tief in das Flußbett eingegraben werden. Diese kolossale Bewässerungsanlage übertrifft an Ausdehnung bei weitem die berühmte Nilperre von Assuan; sie bildet nur einen Teil eines großartigen Systems von Bewässerungsanlagen, das dereinst bestimmt sein soll, das ganze bewässerungsfähige Gebiet Neu-Mexikos mit Wasser zu versorgen.

Fische als Hungerkünstler. Daß viele Tiere einen Winterschlaf halten ist bekannt, ebenso daß diese Erscheinung weder an den Winter gebunden ist, noch mit dem Schlaf etwas zu tun hat, sondern es ist vielmehr ein Schlich der Natur durch verminderten Stoffwechsel über die Zeiten hinwegzukommen, in denen die Nahrungsquellen spärlich fließen oder ganz versiegen. Damit glaubte man auch die Laifade zu erklären, daß viele Fische im Winter so gut wie gar nichts fressen. Nun scheint aber, wie Dr. Ernst Hentschel in seinem Werke „Das Leben des Schmelzwassers“ schreibt, auch die Kälte für sich allein einen eigentümlichen Einfluß darauf zu haben.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17/18 • Veteranenstr. 1/2.

Lebensmittel

- Echte Thüringer Salami, hart . . . Pfd. 1.15
- Echte Thüringer Salami, halbhart . Pfd. 95 Pf.
- Prima Schinkenspeck in 1/2 u. 1/4 Stücken Pfd. 1.00
- Prima Westfälische Mettwurst . Pfd. 95 Pf.
- Prima Braunsch. Mettwurst . . . Pfd. 95 Pf.
- Prima Jagdwurst Pfd. 95 Pf.
- Prima Zwiebelleberwurst Pfd. 45 Pf.
- Prima Blutwurst Pfd. 48 Pf.
- Prima Fleischwurst Pfd. 95 Pf.
- Prima ff. Leberwurst Pfd. 95 Pf.
- Prima Landleberwurst Pfd. 90 Pf.
- Prima Hallesehe Leberwurst . . . Pfd. 95 Pf.

Prima Oderbrucher Fattyänse Pfd. 63 Pf.

- Prima Kochbirnen 2 Pfund 15 Pf.
- Prima Brie-Käse Pfund 45 Pf.
- Melange-Marmelade Eimer ca. 5 Pfund 95 Pf.

General-Versammlung
 Sonntag, d. 3. Septemb. 1909.
 mittags 2 Uhr.
 bei Krone, Hegener Straße 18.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht 2. Erlaßwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Verschiedenes.
Bäckereigenossenschaft Berlin
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Der Vorstand:
 Joh. Hummel, Ludwig Ertl.

Jugend-Liederbuch



Preis: kartoniert 20 Pfennig gebunden 30 Pfennig
 Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW.
 Lindenstraße 69 (Laden).

Gänse, erste Qualität
 Gänserumpfe, 1/2 Gänse.
Guten,
 fleischvoll und fett, von Mark 1,50.
Hühner,
 beste Sumpfhühner, i. g. Brathühner in besonders schöner Auswahl.
Wegner, 80. Mariannenstr. 34.

Billigste Bezugsquelle für Hygienische Bedarfs-Artikel
 Drogerie Zaremba, Berlin N., Weinbergsweg 1.
 Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungskasse Berlin, Hauptbureau: Col I. Amt 2, 1259. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1982.
Sonntag, den 29. August, vormittags 10 Uhr:
Allgemeine Versammlung
 der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen A. Waschek: „Die Nachmittel der Arbeiter im Kampf gegen die Muddentung.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 29. August, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher in den Muster-Werkstätten, Kaiser-Wilhelmstr. 18m.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Ingenieur R. Woldt: Arbeitskontrolle und Kalkulation in modernen Fabrikbetrieben. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist jeder Kollege in diesen Berufen verpflichtet, für vollständiges Erscheinen zu agieren.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Protokolle von der Generalversammlung in Hamburg a 40 Pf. im Bureau und bei den Bezirkskassierern zu haben sind.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Zur Beachtung!
 Die Bibliothek ist wieder eröffnet. Die Ausgabe der Bücher erfolgt täglich nachmittags von 4-7 Uhr. Wir ersuchen die Kollegen, die Bibliothek fleißig in Anspruch zu nehmen.
 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein, C. S. 89.
Sonabend, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Versammlung
 Besprechung über die Steuererhöhung und Verschiedenes. Der Vorstand.
Trotz der Tabaksteuer keine Preiserhöhung
 meiner bekannt qualitativsten Zigarren, so lange mein Vorrat reicht.
H. Meier, geg. 1886, Smd. Th. Schnauer, Berlin O. 17, Madalstr. 15.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
 Filiale Berlin.
 Am 24. August starb unser Kollege
Eduard Walter
 im Alter von 61 Jahren an der Lungenschwindsucht.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrich-Werderischen Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
 Die Ortsverwaltung.
 An den Folgen eines Bus-unfalls starb ferner unser Kollege
Rudolf Thiele.
 Ort und Zeit der Beerdigung ist noch nicht bekannt. D. D.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Ortsverwaltung Berlin II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Eduard Hippler
 am Sonntag, den 22. August, im Alter von 44 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Reinholdsdorf-West, Qumboldstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 Die Verwaltung II.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
 (Verwaltung Berlin.)
 Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß am 24. August unser altes, treues Mitglied, der Goldbildhauer
Richard Gerlach
 nach langer Krankheit im Alter von 35 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt.
 Um Beteiligung ersucht.
 Der Vorstand.

Für die bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters **Radolf Moldenbauer** in so hohem Maße und bewiesene Teilnahme sagen wir allen Freunden und Bekannten, namentlich dem Gelangereiten „Littorale Vorde“ und dem Vorstand der Zimmerleute unseren herzlichsten Dank.
Marie Moldenbauer u. Kinder.
Saufgabung.
 Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Spenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters Eduard sagen wir hiermit allen Kollegen, Freunden, Bekannten und Bekannten, besonders Herrn Otto Bühner und dem Gelangereiten „Littorale Vorde“, unseren aufrichtigsten Dank.
Paul Kupfer und Familie, 20084 Petersburger Str. 58.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
 Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren
 zum Sonntag, den 29. August, 1. bis 10. Uhr: 6 Uhr: R. o. u. 12 1/2 Uhr: Grobes Waldstück. Johannisthal (Süd). Start an den bekannten Stellen.

Fahrrad-Ges. „Freisch auf“
 Walter Wittig & Co., Hauptgesch.: Berlin 37, Brunnenstr. 35 Filiale: Köthener Str. 7.
 empfiehlt „Freisch auf“ Radfahrer sowie sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel. Reparatur, Werkstatt mit elektrischem Krafttrieb. 106 Pf.

FRAGEN
 Wollen Sie gesund bleiben, so verlangen Sie sofort Protokoll über unsere Tour.
R. Hygienische
 Grünsand, ein so schätzbares Mittel in der Schwandlung, ein Patient in fast allen Kurorten. Bei vielen Universitätsprofessoren und Franzosen in seinen G-berichten. Chem. Fabr. „Nassau“ Wuppertal 225.
Sorben erschieuen!
Die Luftschiffahrt
 Ihre Gesundheit, Entweidung und Ihre naturwissenschaftlichen Grundfragen. Gemündert durch den Vortrag von **Dr. W. Epstein.**
 Preis 20 Pf.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Bienenstr. 69, Baden.

Waisenbrücke.
 Dampferfahrten ab
 Jeden Montag und Donnerstag nach Neu-Zittau. Abfahrt 10 Uhr. Hin und zurück 75 Pf. Kinder 40 Pf.
 Am Mittwoch den 1. 9. und am 8. 9.: feierliche diesjährige Fahrten nach Teupitz (Tornow Idyll). Abfahrt 7 1/2 Uhr. Hin u. zurück 2 M., einloch 1,50 M. Kinder die Hälfte.
Weidendammer Brücke (gegenüber der Brücke) Abfahrt am Sonntag, den 29. 8. und Donnerstag, den 2. 9.: feierliche Fahrten nach Brandenburg a. d. Havel. Abfahrt 7 1/2 Uhr. Hin und zurück 2 M., einloch 1,50 M. Kinder die Hälfte.
Spandau (Charlotten-Brücke) 9 1/2 Uhr. Hin und zurück 1,75 M. Alle übrigen Fahrten finden nächste Woche nicht mehr statt!
Reederei Köhnt & Hertzner.

Schillingsbrücke
 am Sächsischen Bahnhof.
 Morgen Sonnabend, den 28. August:
Gr. Dampfer-Mondschein-Promenadenfahrt
 8 Mannierte Salon-Dampfer mit Militärmusik.
Mundfahrt auf dem Müggelsee, dann zurück nach Restaurant Kytzhäuser, dabei Garten-Konzert u. Ball.
 Abfahrt abends 9-10 Uhr. 1124 Pf.
 Hin und zurück 50 Pf. **Robert Tischer.**

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
Möbel
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Gesundheit ist Reichtum!
 im Bade Berlin-Ost
„Bad Frankfurt“
 Große Frankfurter Str. 136.
 Medizinische Bäder aller Art in wirklich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
 2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badzeit)
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
 Die bestsortierte und billigste Einkaufsquelle in Zigaretten, Zigarren und Tabaken sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstr. 70
 Telephone: Amt VII, 3047.

Von der Reise zurück veranstalte ich freitag u. Sonnabend einen **Total-Räumungs-Ausverkauf** mit bis auf zum Teil 1/3, 1/4, 1/5 selbst auf 1/6 des Originalwertes herabgesetzten Preisen!
 Zu demselben Zwecke gratis! schon bei Einkauf von nur **12 M.** an passenden Stoff zu einem gediegenen Bordürenrock!
 Es gelangen im besonderen zum Verkauf!



Westmanns Spezial-Konfektionshaus
 Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße, und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von d. Andreasstraße.
 Leinen-, Bast-, Seiden-, Rips-, Tuch-Konfektion! □ Mäntel! Kostüme! Paletots! Jacketts! Kleider! Capes! Golfjacken! Röcke! Kimonos! Blusen! • Eigenes Fabrikat! • Immense Auswahl!
 Preise beginnend von 3- 4- 5- 6- 7- 8- usw. bis 450 M.
 Einsegnungs- und Prüfungskleider! Tägliches Eingangs neuer, hochmoderner Modelle für die Herbst- und Winterzeiten! Verkauf zum Teil für die Hälfte des Wertes!
 Besondere Auswahl für Damen von selbst überstarker Figur!

Provinzialkonferenz.

Die diesjährige Provinzialkonferenz beginnt am Sonntag, den 29. August, mittags punkt 12 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:

- 1. Jahresbericht. Referent: Richard Schmidt.
2. Die Verwaltung in Preußen. Referent: Paul Hirsch.
3. Die politische Lage. Referent: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt.
4. Anträge.

Teilnehmer- und Gastkarten sind bei jedesmaligem Eintreten in den Saal auf Verlangen vorzuzeigen.

Die ersteren werden gegen Ablieferung des Mandats ausgehändigt.

Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Sechster Wahlkreis.

Die Parteigenossen nachstehender Abteilungen werden aufgefordert am kommenden Sonntag, den 29. August, früh 1/8 Uhr, zur Agitation im 12. Berliner Landtagswahlkreis sich an folgenden Stellen einzufinden: 8. Abteilung bei Casar, Alt-Moabit 119; 9. Abteilung bei Siebert, Birkenstraße 16, Ecke Verleberger Straße; 10. Abteilung bei Faber, Stephanstr. 11.

Parteigenossen! Wir erwarten vollzähliges und pünktliches Erscheinen. — Das Wahlkomitee im 12. Berliner Landtagswahlkreis.

Königs-Winterhausen und Umgegend. Am Sonntag, den 29. August, findet im Lokal des Herrn Wehmann das vom Wahlverein veranstaltete Volksfest, bestehend aus Konzert, Gesang, Reigenfahrten, turnerischen Aufführungen und Feste, statt.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Nur eine Wadpfeife

war's, die der Rektor der 147. Mädchen-Gemeinschafts-Schule (Grenzstraße) zu begutachten hatte, nur eine Wadpfeife, über die die Mutter eines geprügelten Kindes sich bei ihm beklagen zu sollen glaubte. Diese Wadpfeife war von der Lehrerin Frau Levin Kahlow in der Klasse VIII O einer siebenjährigen Schülerin gegeben worden, weil diese in einer Schreibübung statt in der üblichen Hand gezeichnet hatte. Der Schlag wurde mit kräftiger Hand von oben her geführt worden sein; denn als das Kind mittags nach Hause kam, sah man auf der linken Gesichtshälfte ein paar breite Streifen, die von der Stirn oberhalb des Auges über die Wange hinweg bis in die Nähe des Ohres reichten.

Die Mutter ist entschlossen, die Sache nicht als hiermit erledigt anzusehen. Sie wundert sich, daß man von ihr fordert, Rücksicht zu nehmen auf die Schwächen einer Lehrerin, die auf die Schwächen eines Kindes keine Rücksicht genommen hat. Sie ist der Meinung, daß ein zartgebautes und mäßig befähigtes Kind sehr viel mehr Rücksicht verdient als eine rasch erzogene Lehrerin, ja, daß gerade vor solchen Lehrerinnen solche Kinder geschützt werden müssen.

nur mit ärztlichem Attest lassen die Wirkungen einer Prügel-Exekution sich einwandfrei nachweisen. Es wäre sogar zu wünschen, daß das Kind ein zweites Mal von demselben Arzt befragt würde, damit dieser feststelle, welche Spuren des Schlags noch nach mehreren Tagen zu sehen waren.

Zum Zepplinfest. Nach den Bestimmungen der städtischen Schulverwaltung werden im Einverständnis mit dem General-Kommando des Gardekorps die vier folgenden Plätze für die Aufnahme von Berliner Schulkindern bereit gestellt: Der Kasernenhof des Eisenbahn-Regiments in Schöneberg, der Kasernenhof des Königin-Augusta-Regiments am Tempelhofer Felde, der Exerzierplatz an der Kruppstraße mit dem anschließenden Kasernenhof des 4. Garde-Regiments und der „Grümmacher“ hinter den Kasernen des Garde-Füsilier-Regiments.

Die Schürzenkontrolle auf dem jüdischen Friedhof in Friedrichsfelde besteht nach wie vor, obwohl auch nicht der geringste Grund für diese ganz sonderbare Maßnahme der Friedhofsverwaltung zu entdecken ist.

Die Schürzenkontrolle auf dem jüdischen Friedhof in Friedrichsfelde besteht nach wie vor, obwohl auch nicht der geringste Grund für diese ganz sonderbare Maßnahme der Friedhofsverwaltung zu entdecken ist. Ein parteigenössischer Stadtverordneter schreibt uns hierzu: Ich besuchte am Dienstag den städtischen Friedhof in Friedrichsfelde. Es fehlten noch 25 Minuten an 7 Uhr — dem Schluß des Friedhofs im August — als ein Friedhofsangestellter mit einer großen Klingel — diese fortgesetzt in der Hand schwingend — zum Verlassen des Friedhofes aufforderte.

Die Schürze, die die Frau trug, war eine jener gewöhnlichen blaugestreiften Leinwandschürzen, wie sie von zahlreichen Frauen getragen werden, und nicht etwa besonders hell, eher dunkel, aber sauber. Es ist gänzlich unverständlich, warum die Friedhofsverwaltung zu dieser Anordnung gekommen ist, die auf keinem der kirchlichen Friedhöfe im Schwange ist. Was will sie damit bezwecken? Sollen weibliche Besucher des Friedhofes ohne Schürze erscheinen und ist es die Schürze selbst, die Anstoß erregt? Das kann aber wieder nicht gut möglich sein, denn, wie uns berichtet wurde, sollen schwarze Schürzen zulässig sein.

Nat und Arbeitslosigkeit hat vorgestern nachmittag den 60 Jahre alten Arbeiter Karl Fritschen aus der Schwerindustrie 6 in den Tod getrieben. Er konnte keine Beschäftigung finden, kam in seinen Verhältnissen zurück und griff zum Strid.

In einer Badewanne ertränkt hat sich das 28 Jahre alte Dienstmädchen Anna Gwinmer. Das Mädchen war zuletzt hier in einem Hotel der Französischen Straße beschäftigt. Schon am 1. d. Mis. verließ die G. die Stellung, um sich angeblich nach ihrer Heimat zu wenden.

Eine jugendliche Hochstaplerin wurde vorgestern durch die Polizei verhaftet. Die 20 Jahre alte Schwindlerin suchte unter dem Namen Ruth v. Wod Herrendelantigkeiten. Sie wohnte in den größten Hotels oder Pensionaten. Sie besaß sich aber immer in augenblicklicher Geldverlegenheit, weil ihre schwervereichte Mutter die fälligen Mittel aus Estettin noch nicht geschickt hätte.

Unser Kollege Hans Weber hat auf vier Wochen von uns Abschied genommen, um im benachbarten Regal hinter schwedischen Gardinen über allerlei nachzudenken. z. B. auch über die Abwärtsentwicklung des Berliner Kommunal Liberalismus.

habe. „Grob“ war in der Tat das härteste der Worte, die in dem Artikel gebraucht wurden. Daß wegen dieser durchaus maßvollen Kritik sogleich der Staatsanwalt gegen unseren Genossen Weber in Aktion treten konnte, dafür sorgte der Vorsitzende der Armen-Direktion, der Stadtrat Münsterberg, der dem Herrn Kriemle die zu einem Strafantrag notwendige Zustimmung gab.

Aus der Alexander-Kaserne geht uns eine Beschwerde von einem zur Übung eingezogenen Reservisten zu. Derselbe teilt mit, daß am 24. August eine Anzahl Reservisten eingezogen worden seien, dieselben aber bis zum 25. abends außer Kaffee kein warmes Essen erhalten hätten. Als einige der Reservisten vorstellig wurden, sei ihnen gesagt worden, daß das Bataillon ausgerückt sei und wegen der geringen Zahl Reservisten nicht gefocht würde.

Auscheinend ertrunken sind die beiden jungen Berlinerinnen, die 20jährige Wanda Leichert und die 17jährige Frida Fried aus der Ackerstraße, welche am Sonntag einen Ausflug nach Grünau unternommen hatten und seitdem, wie wir schon meldeten, spurlos verschwunden waren.

Ein Mitglied des Segelklubs „Fraternitas“, Walter Klaffe, Reminiterer Straße 49, teilt uns hierzu folgendes mit: Ich fuhr am Sonntag 8 1/2 Uhr abends an dem Restaurant „Waldeck“ entlang, als ich im Dunkeln plötzlich Silberrufe ertönen hörte. Ich fand hierauf einen Ruderer, der mit seinem gelenkerten Fahrzeug auf dem Wasser trieb; seine beiden Begleiterinnen waren bereits untergegangen.

Die das „Berliner Tageblatt“ gestern abend berichtete, wurde gestern mittag in der Nähe des Restaurants Waldeck in der Kolonie Wendenloch die Leiche eines zwanzigjährigen Mädchens aus der Dahme gelandet, die mit einem blauen Kleid, Blüschjackett, schwarzen Strümpfen und Halbschuhen mit Schnürsenkel bekleidet war.

An die Unterschlagungen des Postassistenten Otto Kühnemund aus Albed, die, wie berichtet, die Höhe von 140 000 M. erreichten, erinnert ein Tausendmarkschein, der hier jetzt aufgetaucht ist. Dieser Schein gehört zu der Beute des Kühnemund und wurde von einem hiesigen Institut bei der Post eingezahlt.

Verbrüht. Ein schreckliches Vorkommnis hat sich vorgestern nachmittag in dem Restaurant „Seebad Reinickendorf“ abgespielt. An einem Tisch hatte sich die Familie des Kaufmanns Hercher aus der Müllerstraße niedergelassen. Neben dem Tisch stand ein Kinderwagen, in dem das einjährige Töchterchen des Ehepaares lag.

Beim Hochzeitessen vom Tode überrascht wurde der Schuhwarenhändler Paul Schröder, der zur Hochzeit seiner Nichte, eines Fräulein Uhl aus der Gleimstraße, von Verleberg nach Berlin gekommen war. Der in der Mitte der vierziger Jahre stehende Mann, der eine Frau und ein Kind hinterließ, wurde ohne äußere Veranlassung plötzlich unwohl.

In der Treptau-Sternwarte wird am Sonntag, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, Direktor Dr. F. S. Ardenhold einen Vortrag über die „Bewohnbarkeit der Welten“ und abends 7 Uhr über das Thema: „Gibt es ein Leben auf dem Monde?“ halten.

Beim Kinderfest im 2. Wahlkreis am Sonnabend, den 21. August, sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Portemonnaie mit Inhalt und 1 Daarkamm. — Abzuholen beim Genossen Grofche, Gräffstr. 68.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich vorgestern in der See-straße. Gegen 10 Uhr vormittags verlor die 70jährige Frau Verstöpsel aus der Lüderitzstraße 7 mit ihrer dreijährigen Enkelin an der Ecke der See- und Lüderitzstraße den Fahrradum zu über-

Wachten, als ein Zug der Straßenbahnlinie 42 herannah. Das Warnungssignal des Führers des Wagens wurde von der schwerhörigen Weislin nicht gehört und Grohmittler und Entlein wurden von dem Vorderrücken erfasst und umgestoßen. Beide gerieten unter den Vorderrücken und wurden, obwohl der Straßenbahnfahrer sofort Bremsen angewandt hatte, eine kurze Strecke mitgeschleift. Die Verunglückten wurden nach der Unfallstation in der Lindauer Straße gebracht, wo sich glücklicherweise die Verletzungen der beiden als ganz ungefährlich herausstellten. Das Mädchen hatte lediglich eine Beule an der Stirn und einige Hautabschürfungen an den Händen und Beinen erlitten, während die alte Frau anscheinend mit dem bloßen Schrecken davon gekommen ist.

Straßensperrung. Die Neue Hofstraße zwischen der Wallstraße und Alten Jakobstraße wird behufs Legung eines Straßenbahngleises bis auf weiteres gesperrt. Die Mühlentstraße vom Halleschen Ufer bis zur Teltower Straße einschließlich der Fahrbahn der Mühlentstraße und der Kreuzung am Tempelhofer Ufer und an der Teltower Straße behufs Umpflasterung wird vom 6. nächsten Monats ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Feuerwehrtätigkeit. Am Donnerstag früh wurde die Berliner Feuerwehr wegen eines Wohnungsbrandes nach der Weidenburger Straße 40 alarmiert. Möbel, Gardinen u. a. brannten dort. Fast gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Linienstr. 188 zu tun, wo Verlobte sich entzündet hatten. Der 6. Zug wurde nach der Köpenicker Straße 112 gerufen, wo in einer Lugschiffahrtspapierfabrik Papier in Stapeln brannte. Möbel, Gardinen usw. wurden in der Gartenstr. 96 ein Haus der Flammen. Petroleumbrände beschäftigten den 15. Zug in der Lützowstr. 80 und Waldstr. 88. In der Neanderstr. 7 war in einer Wohnung Feuer ausgebrochen und in der Vorfigstr. 28 in einer Küche durch den Gaslocher. In der Hollmannstr. 18 wurden Möbel ein Haus der Flammen. Außerdem hatte die Feuerwehr in der Friedrichstraße, am Götlicher Ufer und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung fand am Mittwoch statt. Mit vieler Mühe konnten — da die meisten bürgerlichen Stadtverordneten noch in den Ferien weilten — erst eine volle Stunde nach der anderweitigen Zeit soviel Stadtverordnete zusammengebracht werden, daß die Versammlung beschlußfähig war.

Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt der Abschluß eines neuen Vertrages zwischen Schöneberg und Charlottenburg über den Bau der Schöneberger Untergrundbahn auf Charlottenburger Gebiet. Bei dieser Angelegenheit handelt es sich in der Hauptsache um folgendes:

Mit Schöneberg den Bau der Untergrundbahn begann, schwebten schon mit Charlottenburg Verhandlungen über die Errichtung eines eventuell gemeinsam anzulegenden Bahnhofs am Rollendorfsplatz. Dieser Bahnhof würde dann eine Notwendigkeit werden, wenn Schöneberg seine Bahn über den Rollendorfsplatz nach Berlin durch den nördlichen Teil der Köpenicker Straße weiterführt und andererseits Charlottenburg eine neue Bahn durch den Fürstendamm, die Tauentzien- und Meißnerstraße führt, um am Rollendorfsplatz den Anschluß an die Schöneberger Bahn zu erreichen. Damit Charlottenburg in der Ausführung dieses Projektes nicht dadurch behindert werden könnte, daß sich Wilmerdorf, das ebenfalls eine Untergrundbahnlinie nach dem Wittenbergplatz unter Benutzung des Fürstendammes ziehen wollte, zur Erreichung seiner Absicht, auf dem besten Wege eine Verbindung mit Berlin zu erlangen, an die Schöneberger Linie anschließen sollte — wodurch das Charlottenburger Projekt stark gefährdet würde —, ließ es in dem ersten Vertragsentwurf, daß ein Anschluß einer Wilmerdorfer Bahn nur an die Charlottenburger Linie unter den von Charlottenburg festzusetzenden Bestimmungen stattfinden dürfe. Anfanglich war Schöneberg mit dieser Forderung einverstanden und erst die Stadtverordneten-Versammlung Schönebergs lehnte diese im Abf. 8 des § 17 des Vertrages enthaltene Bestimmung ab. Darauf forderte dann Charlottenburg, daß in dem Falle, wenn eine Bahn von Wilmerdorf in die Schöneberger Linie eingeführt würde, Charlottenburg von den anteiligen Kosten eines Gemeinschaftsbahnhofs am Rollendorfsplatz entbunden sein sollte. Darüber kam es nun zum Streit; denn Schöneberg leitete nun gegen Charlottenburg das Ergänzungsverfahren ein. Und zwar für eine Strecke, die nur bis zum Rollendorfsplatz führte, die also an sich noch niemals Gegenstand der Verhandlung zwischen beiden Gemeinden war, und deren Zustimmung Charlottenburg darum auch noch nicht erteilt haben konnte. Aber der Bezirksauschuss gab dem Klageantrag Schönebergs nach und mit einer in der deutschen Rechtspflege sonst ganz ungewöhnlichen Hastigkeit wurde die Sache behandelt, verhandelt und knapp drei Wochen nach Einleitung des Ergänzungsverfahrens vor Charlottenburg verurteilt, und die Zustimmung, die bisher noch nicht erteilt war, durch den Bezirksauschuss „ergänzt“. Aber trotzdem konnte Schöneberg nicht weiterbauen, denn gegen diesen Bezirksauschussbescheid wurde die höchste Instanz, das Provinzialauschuss, angesetzt; ferner ließ das Ministerialverfahren und blieben andere zivilrechtliche Forderungen nach offen. Schöneberg, das den Bau seiner Bahn schon bis hierhin gegen 1400 M. Kosten geleistet. Es fand darum eine von Schöneberg abgeschickte Einigung statt, deren Bedingungen in dem neuen Vertrage niedergelegt sind. Danach geben Schöneberg wie Charlottenburg ihre rechtlichen Anschauungen zwar nicht preis, aber Schöneberg verpflichtet sich, den Ergänzungsantrag zurückzugeben und Charlottenburg ist bereit, Schöneberg die Benutzung einer ungefähr 100 Meter langen Straße Charlottenburger Gebietes am Rollendorfsplatz zu gestatten. Die Entschärfungsbedingungen dafür sollten auf dem Wege gegenseitiger Verständigung über wenn dieselbe innerhalb drei Jahren nicht erlangt sei, auf Grund des Enteignungsverfahrens festgesetzt werden. Also alle die Fragen, die sich aus einer Weiterführung der Schöneberger Bahn ergeben würden, bleiben unberührt.

Aus der Debatte über diesen Vertrag ist hervorzuheben, daß der Referent, der Liberale Dr. Frenzel, an der Hand der Entwidelungsansicht dieser Angelegenheit sich gegen Schöneberg wendete und Charlottenburg gegen den Vorwurf, der in gewissen Kreisen erhoben worden ist — daß Charlottenburg durch übertriebene Forderungen Schöneberg zur Konzeption des Ergänzungsverfahrens gezwungen habe — in Schutz nahm. Charlottenburg habe in dieser Sache gewiß nicht unwohl, sondern stets sehr rücksichtsvoll gegenüber Schöneberg gehandelt, während in den Schöneberger Kreisen die Ansprüche, Forderungen und Wünsche wiederholt wechselläufig und manchmal übertrieben waren sich geändert hätten. Dazu komme, daß Charlottenburg in sehr nichtswürdiger Weise die Weisheit von der Regierung und der ergänzungsberechtigten Vorinstanz behandelt worden sei. Zudem habe Schöneberg auch erst dann gegen den Abf. 8 des § 17 des alten Vertragsentwurfes Einspruch erhoben, als es dazu von „weiter Seite“ einen diesbezüglichen Wink erhalten habe. Und diesem großen Mangel sei es wohl überhaupt zu verdanken, daß es zwischen Schöneberg und Charlottenburg zum Krieg kam. Beachtenswertes unterließ es der liberale Redner, näher und deutlicher auf die im Geheimen gegen Charlottenburg wirkenden Kräfte einzugehen.

Oberbürgermeister Schuchertus nahm noch einmal Charlottenburg gegen alle Vorwürfe inschärfer Majorität in Schutz, und er betonte, daß Charlottenburg niemals den Entwidelungsbedingungen anderer Gemeinden Vorrang in den Weg treten, sondern stets bestrebt sein werde, in den Fällen, in denen es selbst

beteiligt sei, nach einer geeigneten Mittellinie gegenseitiger Verständigung zu suchen. Im übrigen erklärte der Oberbürgermeister, das statige Ergänzungsverfahren vor dem Bezirksauschuss sei unzulässig und das Urteil des Ausschusses für beschließend.

Von unserer Seite leitete Herr J. J. J. den vorliegenden Vertragsentwurf, der für Charlottenburg nichts übrig bleiben läßt. Unser Redner wies die Frage auf, ob es nicht besser sein würde, das Ergänzungsverfahren ruhig seinen Weg nehmen zu lassen. Nicht aus dem Grunde, um Schöneberg zu schädigen, sondern um der Öffentlichkeit zu zeigen, in welcher Art und Weise Charlottenburg in diesem Falle von der Regierung und dem Bezirksauschuss behandelt worden sei. Auch liege die Vermutung nahe, daß der „große Finger“, der den Schönebergern gewinkt habe, an einen fiktionalen Körper hänge. Doch die Sozialdemokraten seien trotzdem für eine Einigung mit Schöneberg, aber dabei müßten auch die Rechte Charlottenbergs im Falle eines eventuellen Anschlusses einer Charlottenburger Bahn an die nach Berlin weitergeführte Schöneberger Linie am Rollendorfsplatz bei Zeiten berücksichtigt werden.

Der Oberbürgermeister bestreitet — ohne damit viel Glauben zu finden —, daß der Fiskus seine Hände im Spiele gehabt habe, und der Anschluß einer eventuellen Charlottenburger Bahn an die Schöneberger Linie würde sich später leicht regeln lassen. Darauf wurde der Vertrag angenommen.

Vermißt wird seit dem 15. August der 16 Jahre alte Sohn der Sabelknecht, Heilichstr. 49 wohnhaft. Derselbe verließ am genannten Tage 1/10 Uhr vormittags die elterliche Wohnung und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Für die Eltern ist das Fernbleiben ihres Sohnes Paul um so unerklärlicher, als derselbe stets ordentlich und fleißig war. Er ist 1,72 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaues Gesicht und war bekleidet mit braun und schwarz durchwirktem Sommeranzug, weißem Strohhut, gelben Schuhschuh, schwarzen Strümpfen und weißem Barmenthemd. Personen, die über den Verbleib des Vermißten Auskunft geben können, werden gebeten, dies an Leopold Sabelknecht, Heilichstr. 49, zu melden.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Einen entsetzlichen Tod fand der Vorarbeiter Stellmarzhd. Et. hier in einer Zementfabrik angefaßt und arbeitete in einem Tonbruch. Ein mit einer Lokomotive betriebener Zug schaffte die Tonmassen nach der Fiegelei. Et. versuchte nun, während der Fahrt auf die Maschine hinaufzuspringen, um auf diese Weise schneller nach der Fiegelei zu gelangen. Er stürzte jedoch von der Lokomotive herunter und kam so unglücklich zu liegen, daß ihm die Räder der Maschine über beide Beine hinweggingen und sie vollständig zerquetschten. Kurz darauf wurde der Armeis von seinen furchtbaren Qualen durch den Tod erlöst.

Vorhagen-Rummelsbuth.

Bei dem Sommerfest des Fabelknechtverbandes (Bezirk Rummelsbuth) am Sonntag, den 22. August, sind folgende Gewinne von der Verlosung nicht abgeholt worden: Nr. 193, 205, 229, 231, 243, 410, 425, 494, dieselben sind in der „Vorwärts“-Expedition, Alt-Vorhagen 56, in Empfang zu nehmen. Das Komitee.

Adlershof.

Der fleißige Jugendauschuss teilt mit, daß am Freitag, den 27. August, der acht Abende umfassende Vortragzyklus für die Jugendlichen beginnt. Das Thema lautet: „Napoleon und die große französische Revolution“. (Schriftsteller Anatol Hauke.) Alle Jugendlichen haben freien Zutritt. Die Orte Adlershof, Wobersdorf, Ströhan und Johannisbad werden hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß auch die dort wohnenden Jugendlichen an dem Vortragzyklus teilnehmen können. Die Vorlesungen finden im Jugendheim, Wismarsstraße 11 statt. Sie beginnen pünktlich um 8 1/2 Uhr und enden um 10 Uhr abends. Ferner bringen wir nochmals zur Kenntnis, daß das Jugendheim am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche für die Jugendlichen von abends 7—10 Uhr geöffnet ist. Außerdem am Sonntag und Festtagen von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 4 bis abends 10 Uhr. Sind die anderen Wochentage nicht durch Sitzungen anderer Korporationen besetzt, so sind sie ebenfalls für den Aufenthalt der Jugendlichen bestimmt.

Vorfigwalde.

Nach Unterzeichnung von 3000 M. ist der Raureislerling Bruno Weick häufig geworden. Der junge Mensch hatte sich das Vertrauen seines Arbeitgebers, des fleißigen Bauunternehmers Wöhler, erworben. Vermutlich hat sich der jugendliche Detraudant mit der ihm anvertrauten Summe nach Hamburg gewandt, um von dort nach Amerika zu flüchten.

Spandau.

Vor dem hiesigen Gewerbegericht standen am Dienstag sechs Sachen zur Verhandlung an. In der ersten Sache klagte der Former Reichdorf gegen die Firma Siemens u. Halske wegen 50 M. Lohn. Er habe seinen angenehmen Afford nicht beendigen können, da er entlassen sei. Beklagte wendet ein, daß auf Wunsch der Arbeiter ein Paragraph in die Arbeitsordnung aufgenommen sei, wonach die Arbeiter jeder Zeit auch mitten in der Affordarbeit auscheiden können; der Firma liehe auch das Recht zu, die Arbeiter zu jeder Zeit zu entlassen. Für nicht beendeten Afford werde nur die aufgewendete Zeit entschädigt. Der Kläger gibt zu, eine solche Arbeitsordnung unterschrieben zu haben. Er ermählig seinen Klageanspruch darauf auf 10 M. für zwei Tage, welche er als Verloste bezeichnet. Die Parteien beglichen sich auf 4 M., welche Beklagte sofort auszahlte. — Die Tischlergesellen Rosinski und Piank klagten gegen die Firma Meier u. Willeke wegen 40,20 M. resp. 42,30 M. rückständigen Lohnes. Die Firma hat eine Gegenklage eingereicht und verlangt Schadenersatz von 145 M. für Fenster, welche die Kläger eingeworfen den angegebenen Wägen zu klein gemacht haben. Die Parteien einigen sich, indem sie gegen, seitig die Klagen zurücknehmen und miteinander aufrechnen. Die betreffenden Fenster will Beklagte den Klägern für 10 M. überlassen. — Der Maler und Spezialist Knipfel klagt gegen den Malermeister Würger wegen 153,50 M. rückständigen Lohnes. Beklagter beauftragt Abweisung, da Kläger selbständiger Arbeiter sei; er gesteht aber zu, dem Kläger noch über 100 M. zu schulden. Die Parteien einigen sich auf 115 M. — Von den übrigen Sachen wurden zwei verlag, eine endete durch Abweisung der Klage.

Gerichts-Zeitung.

Reiner Weinhandel.

Was mitunter als „garantierter reiner Weinhandel“ verkauft wird, zeigte wieder einmal eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelegesetz war der Dackeder und Honighändler Karl Grosch angeklagt. — Der Angeklagte war vom Schöffengericht in Spandau wegen wissenschaftlichen Vergehens gegen das genannte Gesetz zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er hatte an verschiedene Geschäftsleute in Spandau und außerdem selbst noch auf den Straßen „garantierter reiner Weinhandel“ verkauft. Dieser Wein stand, wie eine chemische Analyse ergab, zum großen Teil aus Rohrzucker. — Gegen das Urteil des Schöffengerichts legte Grosch Berufung ein. Vor der Strafkammer behauptete er, daß er bei angeblichen Weinhandel selbst von einer bekannten Honigkammer in Sudebode gekauft und in gutem Glauben weiter verkauft habe. Das Gericht hielt nur ein jahrelanges Vergehen für vorliegend und erkannte nur auf eine Geldstrafe von 80 M.

Wiederaufnahme des Arrenhaufsetzungsverfahrens. Als die in Heidelberg erscheinende Zeitschrift des Bundes für Arrenrechtsreform und Arrenfürsorge im September d. J. mittelst und aus Schlesien Beschlagnahme findet, wird der sogenannte Arrenhaufsetzungsver-

prozeß des Stadtverordneten Emanuel Lubeck aus Weuthen, in dem der Ehebedauer Karl Schmidt von der „Zeit am Montag“ im November v. J. zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde, in neuer Auflage behandelt werden, diesmal vermuthlich in Weuthen selbst. In der Revisionsinstanz wurde das Berliner Urteil vom Reichsgericht in Leipzig bestätigt. Herr Schmidt hat in seiner Zeitung mehrfach erklärt, daß er sich mit der Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens beschäftige. Der Stein ist aber auch dadurch wieder ins Rollen gekommen, daß gegen die geschiedene Frau Lubeck das Strafverfahren wegen Meineids beantragt worden ist. Die Untersuchung schreitet bereits. Von Berlin ist das gesamte Prozeßmaterial zur Prüfung eingefordert. Da Lubeck in einer Eingabe an den Justizminister — so schreibt die genannte Zeitschrift — sich ausdrücklich darauf beruft, daß er trotz seiner vom Volk empfundenen nicht recht verstandenen vorläufigen gerichtlichen Degradation zum Weithen alle Rechte des freien Staatsbürgers für sich in Anspruch nimmt, um zu seinem Privatvermögen zu kommen, so dürfte man wohl erwarten, daß die Prüfung der Meineidsfrage mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit und ohne Voreingenommenheit erfolgt. Unsere ordentlichen Gerichte, die ja leider durch mancherlei offenkundige Fehlerleile bei der öffentlichen Meinung nicht gut angesehen sind, können nur an Urteilen gewinnen, wenn bei dieser verzwickten Angelegenheit die schon so viel Staub aufgewirbelt hat, bis in ihre geheimsten Winkel hineingeleuchtet wird. Vor allem müßte man aber für das erneute Prozeßverfahren wünschen, daß die Richter nicht immer mit den Psychiatern durch die dunn gehen. Man braucht wohl nur auf die letzte Verhandlung des Eulenburgprozesses zu verweisen, um anzudeuten, wie selbst die höchste ärztliche Kompetenz in Preußen, die sogenannte „königliche wissenschaftliche Deputation“, nicht von Ärztem und solchen Auffassungen frei ist. Abgesehen von zahlreichen Momenten und Tatsachen, welche in dem Berliner Prozeß nicht die bringend notwendige Würdigung erfahren haben, oder erst jetzt in beweiskräftiger Form ermittelt worden sind, führt das Wiederaufnahmeverfahren darauf, daß die wahre Natur der Sachlage von den Psychiatern gründlich verschoben worden sei. Daß doch nach dem Prozeß und mit direktem Zutritt auf demselben ein berühmter Psychiater im Gegensatz zu seinen meisten Kollegen erklärt, daß ein Mensch logisch denken und logisch handeln, also als Staatsbürger und Erwerbsperson vollkommen dispositionsfähig und trotzdem betrübt sein kann. Ebenso kann ein Mensch, dessen Eifersucht durchaus begründet sei, an Eifersuchtswahn leiden. Solche eigenartige Logik muß allerdings bei dem gesunden Menschenverstand auf ernstigen Widerspruch stoßen. Sie bietet nur zu leicht die Handhabe, um einen „Rosenkranz“ künstlich zu konstruieren und im eingetragenen Unheil anzurichten.

Vermischtes.

Zur Dampferkatastrophe bei Montevideo.

Nach einem Telegramm aus Montevideo wurde die Kollision des deutschen Dampfers „Schlesien“ mit dem argentinischen Dampfer „Columbia“ dadurch herbeigeführt, daß der letztere bei der Einfahrt in den Hafen den Bug des aus dem Hafen herauskommenden Dampfers „Schlesien“ zu kreuzen versuchte, was ihm aber nicht mehr gelang. Danach scheint die Schuld an dem bedauerlichen Unfall lediglich auf Seiten des Dampfers „Columbia“ zu liegen.

An Vergiftungserscheinungen erkrankt. Wie die Wälder aus London berichten, sind nach dem Genuss von verdorbenem Fleisch von der Besatzung des Torpedoboots 174 mehrere Soldaten unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Folgen schwere Dampferexplosion. Nach einer Meldung aus Porto wurden durch Explosion eines Dampferfels in einer dortigen Fabrik 28 Arbeiter schwer verletzt, so daß sie ins Hospital geschafft werden mußten, während einer unter den Trümmern begraben wurde.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eutin), Paul Singer ist soeben das 48. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein Vg. — Die Kampfwerte der politischen Reichstagsfraktion. Von H. Kamek (Wagum). — Nachmal die amerikanische Sozial. Von Karl Kautsky. — Der Bauer als Erzieher. Von H. Koser-Steinbrunn (Hort). — Nachmal die Jugendauschüsse. Von Adolf Schütz-Bant. — Jugendheimchen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsstellen und Kolportageure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern werden jederzeit zur Verfügung gehalten. Die Preise 33 und 34 sind erschienen. Preis pro Quartal 3 M. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

„In freien Stunden“. Die Hefte 33 und 34 sind erschienen. Sie enthalten den spanischen Roman „Erich von Grödenhof“. In „freien Stunden“ erscheint wöchentlich zum Preise von 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. Nicht am 18. Juni 1909, sondern am 2. September 1909 erriete ich das Eisenbahnblatt zu Siegel, bei welchem 29 Personen getötet wurden. — Erb. 07. 1. B. 2. Red. 8. Um die vorher nicht zu bestimmenden Regeln verringert ich bei welchen den Erben zu teilende Erbs. — 2. 20. Die Angabe war richtig und richtig. — H. G. 08. Teilen Sie dem Schöffengericht beiden Staatsanwälten mit. — H. G. 7. Teilen Sie dem Schöffengericht beiden Staatsanwälten mit. — H. G. 23. Das hängt davon ab, ob das Urteil der Kasse es vordrückt. — Wenden Sie sich. — H. G. 1. Teilen Sie dem Antrag an den Polizeipräsidenten. — H. G. 2. Distrikten selbstständig.

Witterungsbericht vom 26. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.	Stationen	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.
Stettin	757	SW	1 wolkig	15	Bamberg	752	SW	2 bedeckt	13
Bamberg	759	SW	2 halb 50.	15	Wetzlar	758	SW	4 wolkig	13
Berlin	758	SW	2 heiter	18	Essen	755	SW	4 wolkig	14
Bonn	760	SW	2 heiter	16	Aachen	752	SW	1 bedeckt	9
Frankfurt	760	SW	2 bedeckt	15	Hannover	751	SW	2 bedeckt	14
Wien	760	NO	1 wolkenlos	15					

Wetterprognose für Freitag, den 27. August 1909. Ein wenig kühler, bei mäßigen südlichen Winden, wechselnde Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Wasserbau, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserstand	am 26. 8.	am 27. 8.	Wasserstand	am 26. 8.	am 27. 8.
Remel, Mühl	159	0	Saale, Großh.	54	0
Stegel, Unterh.	91	0	Qabel, Ebnau	37	0
Wigdel, Horn	94	0	Antenau	30	+2
Weser, Havel	110	+52	Spre, Spremberg	68	0
Weser, Havel	80	0	Weser, Havel	62	-1
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	108	+2
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	37	-2
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	450	+6
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	197	-3
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	180	-3
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	40	+9
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	91	-4
Weser, Havel	82	0	Weser, Havel	—	—

*) + bedeutet Hoch. — Red. — *) Unterpost.